

Einzelpreis: 1.10.
Redaktion und
Druck: Dölnitz
Telephone:
Tagesredaktion:
26795, 31469.
Nachredaktion: 26797.
Postfachamt: 37344.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.-
vierteljährlich 48.-
halbjährlich 96.-
jährlich 192.-

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich (1919)

9. Jahrgang.

Freitag, 26. April 1929.

Nr. 99.

Intrigen gegen die Marx. Wolff verurteilt die Savas-Meldungen.

Berlin, 25. April. Das Volkische Bureau meldet: Die gestrige Sitzung des Transferekomitees hat der Savas-Agentur Anlaß zu Kombinationen und Schlussfolgerungen gegeben, die nicht anders gewertet werden können als eine beabsichtigte Untergrabung des deutschen Kredites im Ausland. Sie behauptet, daß gewisse ausländische Banken es für klüger erachtet hätten, ihre Depots aus Deutschland zurückzuführen. Bisher ist von einer solchen Zurückziehung ausländischer Kredite in Deutschland noch nichts zu spüren gewesen. Wenn diese verdeckte Aufforderung der Savas-Agentur aber zu solchen Zurückziehungen führen sollte, dann wird man wissen, von welcher Seite zuerst das Signal dazu und zu den sich daraus ergebenden Transferschwierigkeiten gegeben worden ist.

Kompromiß auf der Sachverständigenkonferenz?

New York, 25. April. „Herald and Tribune“ erklärt, Owen D. Young sei beschäftigt, den Plan eines Kompromisses zu entwerfen, um einem Scheitern der Sachverständigenkonferenz vorzubeugen. Die amerikanischen Sachverständigen hätten Verhandlungen eingeleitet mit dem Ziel, eine Einigung über den Betrag für die nächsten Jahreszahlungen Deutschlands zu erzielen.

„New York Times“, die auf die Ueberwindung hinweist, die das drohende Scheitern der Sachverständigenkonferenz in der ganzen Welt ausgelöst habe, berichtet aus Paris über Bemühungen der Sachverständigen, wenigstens ein Teilabkommen zustande zu bringen, und erklärt, offenbar handle es sich um einen sehr ernst und ehrlich gemeinten Versuch, obwohl er noch nicht sehr aussichtsreich erscheint.

Die Aufrüstungen.

Kener deutscher Antrag in Genf.

Genf, 25. April. In Fortsetzung der Aussprache über das Kapitel der Aufrüstungen hat der Vorbereitungsausschuß für die Abrüstungskonferenz heute vormittag einen neuen deutschen Antrag behandelt, dessen Annahme die Berücksichtigung der bekannten deutschen Forderung nach Einbeziehung des gelagerten Kriegsmaterials zunächst für die Luftstreitkräfte bedeuten würde. Der Abkommensentwurf von 1927 sieht nur die zahlenmäßige Beschränkung der im aktiven Dienst eingestellten Flugzeuge und Luftschiffe vor, während Deutschland bereits damals in einem Vorbehalt die Forderung aufgestellt hatte, daß das gesamte Kriegsmaterial der Luftstreitkräfte also auch das Reserve- und das gelagerte Heeresmaterial in die Abrüstungskonvention miteinbezogen werden muß. Der heutige deutsche Antrag war in dieser Richtung gehalten.

Deute Beginn des indischen Baumwollarbeiterstreiks.

Bombay, 25. April. (Reuter.) Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit den Arbeitgebern beschloß das Syndikat der Baumwollarbeiter den allgemeinen Streik in den Baumwollwebereien von Bombay, der morgen mittag beginnt.

Wunderheitenkomitee am 29. April.

London, 25. April. (Reuter.) Das dreigliedrige Wunderheitenkomitee des Völkerbundes tritt am 29. April in London zusammen. Die Verhandlungen werden nicht öffentlich sein. Der Bericht über dieselben wird der Völkerbundsratsitzung im Juni unterbreitet werden.

Mittige Kämpfe in Mexiko.

Mexico City, 25. April. (Reuter.) Das Blatt „La Prensa“ meldet, daß bei Tepic im Staat Jalisco bereits seit drei Tagen ein jäher Kampf zwischen den Aufständischen und den Regierungstruppen wüthet. Die Zahl der Toten und Verwundeten sei groß. General Cedillo, der Kommandant der Regierungstruppen, sei überzeugt, daß er siegen werde, da seine Truppen an Zahl überlegen seien. Der Kommandant der Aufständischen ist General Gortizeta, der während der Herrschaft des Präsidenten Huerta Offizier in der mexikanischen Armee war.

Wahlsieg der dänischen Genossen.

Acht neue Mandate erobert. — 61 sozialdemokratische Mandate von 149. Sichere Mehrheit für die Abrüstung.

Berlin, 25. April. (Eigenbericht.) Der dänische Wahlkampf gestaltete sich zu einem großen Sieg der Sozialdemokratie. Sie vergrößerte ihre Stimmenzahl im Vergleich zu den letzten Wahlen im Jahre 1926 um rund 96.000 auf 593.000 Stimmen und eroberte acht neue Mandate. Von den 149 Abgeordneten des Folketing stellt die Sozialdemokratie nunmehr 61. Sie hat mit der bisher ebenfalls in der Opposition befindlichen radikalen Linken, die ihre 17 Mandate behauptet hat, in Zukunft die Mehrheit.

Die Bauernlinken, die bisher die Regierung führte, verlor 24.000 Stimmen und drei Mandate von bisher 16. Den größten Verlust haben die zur militärischen Aufrüstung neigenden Konservativen zu verzeichnen. Sie verloren von ihren im Jahre 1923 eroberten 275.000 Stimmen 42.000 Stimmen und verringerten ihre Mandatzahl um fünf auf 24. Eine geradezu katastrophale Niederlage erlitten die Kommunisten; sie erreichten auch diesmal nicht nur kein Mandat, sondern gingen in ihrer Stimmenzahl um fast die Hälfte zurück. Von den im Jahre 1926 erreichten 5700 Stimmen blieben ihnen nur noch 3100, obwohl sie in der geschäftigsten Weise in allen Teilen des Landes gegen die Sozialdemokratie ansetzten.

Der Führer der dänischen Sozialisten und künftige Ministerpräsident Stauning erklärte dem Korrespondenten des sozialdemokratischen Pressebüros zum Ausgang des Wahlkampfes: „Das Volk hat das Urteil gegen die bestehende Regierung abgegeben, und obwohl die Sozialdemokratie die absolute Mehrheit noch nicht erreicht, muß jetzt die Grundlage für eine demokratische Regierung geschaffen werden. In Zukunft muß die Fahne des Antimilitarismus als Symbol des Friedens über unserem Lande wehen.“

Der bisherige Ministerpräsident Radseu Wnadal überreichte dem König heute das Demissionsgesuch der Regierung. Auf Wunsch des Königs wird das Ministerium bis Samstag weiter die Geschäfte führen. Wegen des morgigen Vortages kann die Bildung des neuen Kabinetts nicht sofort erfolgen. Die Vorstehenden der Parteien sind für Samstag zum König zu einer Konferenz gebeten. Die Bildung eines sozialdemokratischen Ministeriums unter Stauning gilt als sicher.

Polizeipöbel kontrollieren die Landesvertreter

Brünn, 25. April. (Eigenbericht.) Die Budgetverhandlungen nahmen in der mährisch-schlesischen Landesvertretung heute wieder den ganzen Tag in Anspruch, fanden aber jumeist vor leeren Sälen statt. Schärfere Auseinandersetzungen gab es bei der Beratung des Kapitels Landwirtschaft, bei dem die Vertreter der sozialdemokratischen Parteien, insbesondere die Genossen Pipal und Schuster, die Gelegenheit wahrnahmen, auf die unverhältnismäßige Bevorzugung aller agrarischen Interessen, die bekanntlich nicht immer mit denen der gesamten Landesbevölkerung identisch sind, gegenüber den Interessen der anderen Bevölkerungsschichten und vor allem der arbeitenden Klassen hinzuweisen. Rath war die internationale Einheitsfront der Großagrarier hergestellt, die in wütenden Zwischenrufen auf die ihnen persönlich peinlichen Feststellungen reagierten.

Die Genossen Pipal und Schuster griffen wieder mehrfach mit wuchtigen Ausführungen in die Debatte ein und beantworteten treffend und schlagfertig die klägliche Argumentation der Agraristen. War es in der Vornachmittagssitzung die Rede des Genossen Pipal zu landwirtschaftlichen Fragen, die vom ganzen Saal mit großem Interesse angehört wurde, so fehlte in der Nachmittagsitzung Genosse Schuster durch seine wohlwollenden und sachkundigen Ausführungen zur Sozialpolitik und insbesondere zur Jugendfürsorge.

Als einige Galerieschüler nach einer Rede des Kommunisten Chabera Beifall klatschten, ließ der Vorsitzende rufen die Galerie räumen, wobei sich die Kommunisten — revolutionär wie immer — völlig maßlos verhielten. Gelegentlich dieses Zwischenfalles kam man auch darauf, daß die Verhandlungen der Landesvertretung ständig von einem Polizeivertreter von der Galerie aus überwacht werden, und sie alle „aufsichtigen“ Stellen protokollieren und sie wahrheitsgemäß der Staatsanwaltschaft zur weiteren Amtshandlung übermitteln. Das ist die Demokratie, das ist die Selbstverwaltung, die uns die deutschen Regierungsvertrieben beschert haben!

Am Ende der Sitzungsperiode eröffnete unsere Genossen des Herren in der Vorrede ein als zweiter Redner weiterer Fraktion kam

Genosse Schuster

zu Worte, der sich mit dem Antrag unserer Partei befaßte, in dem verlor er sich. In diesem alle Vorleser, insbesondere den Vorleser mit Verleumdungen, die sich auch in deutscher Sprache vorlesen. Hierin wurde sich Genosse Schuster dem Vorschlag der Besetzung der Sekretionierung des Volkswirtschaftswissenschaften im Lande zu und führte unter Dimock auf einen

diebezüglichen Antrag unserer Partei aus: Jahresmitteilung ist das deutsche Schulwesen dieses Landes in deutschen Händen gelegen und wurde selbst in flagrant Weise vom Landeshauptmann Pipal geführt. In der ersten Sitzung des neuen Landesausschusses aber wurde diese Sektierung aufgehoben. Wir haben Protest eingelegt und auch die Christlichsozialen haben mit föhrenden Mienen diesen Protest unterstützen müssen. Alles half nichts. Am bedauerlichsten aber ist, daß das deutsche Schulwesen einem Mitgliede zugewiesen wurde, der zu den ärgsten Charvathisten gehört. Der Redner befaßte sich dann mit den ungenügenden Informationen, die den Landesvertretern in der Frage der Beamtenreform zur Verfügung stehen, und begründete schließlich noch einen Antrag unserer Partei, die Kavalerieschulen im Lande in die Verwaltung des Staates zu übergeben.

Zum Kapitel Landwirtschaft wies Genosse Schuster aus: Für die Landwirtschaft ist ein Betrag von 4000000 K ausgelegt. Wir dürfen aber nicht nur die leeren Zahlen betrachten, sondern ihr Verhältnis zueinander berücksichtigen. 40 Millionen sind 12 Prozent des gesamten Erfordernisses. Wenn man erfährt, daß für Gewerbe und Industrie 57 Millionen vorgesehen sind, so muß man einsehen, daß die Verteilung der Geldmittel des Landes nicht der Berücksichtigung der Landesbevölkerung entspricht. Die Besetzung der agrarischen Schichten wies Genosse Schuster eindringlich auf Schulwesen hin. In unseren Volksschulen sehen wir, daß auf 70 Schüler ein Lehrer kommt. Und da sind noch immer höhere Summen für landwirtschaftliche Fortbildungsinstitute vorgesehen. Aber auch innerhalb der landwirtschaftlichen Schulen ist die nationale Verteilung ungerecht. Auf einen Schüler kommt bei den Tschechen 290 Kronen, bei den Deutschen 1800 Kronen. — Dann wendet sich Gen. Schuster gegen die Terrorwahlen in den Landesterritorien, die diesen zu einer Domäne der Agrarier machen. Der Redner wies dann die Ungerechtigkeit des Budgets durch den Vergleich der Ausgaben für Landwirtschaft mit den Ausgaben für Sozialfürsorge nach und tabellierte insbesondere die enormen Ausgaben für Viehvericherung.

Zum Kapitel Gesundheitswesen und soziale Fürsorge führte Genosse Schuster unter anderem aus:

Im Budget finden wir für diese so ungemäßen wichtigen Mittel einen Betrag von 110 Millionen, also 32,7 Prozent der Ausgaben des Landes. An Böhmen betragen diese Ausgaben 171 Millionen oder 28 Prozent. Es sieht also so aus, als würde in Mähren und Schlesien für soziale Zwecke mehr aufgewendet werden, als in (Fortsetzung auf Seite 2.)

Wahlsieg in Dänemark!

Unsere dänischen Genossen haben bei den Wahlen zum Folketing, dem Abgeordnetenhaus Dänemarks, die am 24. April stattgefunden haben, einen herrlichen Sieg errungen. Um 97.000 Stimmen konnten sie das Heer ihrer Wähler vermehren, mit 61 Abgeordneten zieht die Partei in das neue Parlament ein, während sie in den alten nur mit 53 Mandatären vertreten war. Der kleine Mandatsverlust, den die Partei im Jahre 1926 erlitt — sie verlor damals zwei von ihren 55 Sitzen — ist durch den großen Wahlerfolg weitgehend wettgemacht, alle Erwartungen der Arbeiterchaft selbst sind übertroffen. Haben schon die Gemeindevahlen in den großen Städten, die vor einigen Monaten stattfanden, das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen gezeigt, so bestätigen die Folkethingwahlen nun auch auf dem Lande dieses Ergebnis.

Dabei ist Dänemark kein geschlossener Industriestaat. Es ist, von wenigen größeren Städten abgesehen, von denen wieder nur die Hauptstadt Kopenhagen wirklich großstädtischen Charakter hat, ein Bauerland und seine Wirtschaftskraft ruht weniger in der Industrie als in der Landwirtschaft. Die Industrie verarbeitet zum großen Teil landwirtschaftliche Produkte (Butter für den Export, Bierbrauerei), so daß gerade in Dänemark alle Voraussetzungen für einen konservativen agrarischen Kurs gegeben erscheinen. Aber die dänischen Kleinbauern haben frühzeitig erkannt, wo sie sich Bundesgenossen in dem schweren Existenzkampf der kleinen Landwirtschaft finden müssen. Sie sind zu Tausenden in der sozialdemokratischen Partei organisiert, sie sind durch ihre Genossenschaften mit den Verbrauchergenossenschaften der Arbeiterchaft in unmittelbare, beiden Teilen nützliche, dem privaten Handelskapital leidige Verbindung getreten. So hat die dänische Sozialdemokratie sich in jahrzehntelanger Arbeit sichere Positionen auf dem Lande geschaffen und weit über die Grenzen der wenigen Industriebezirke und der Hauptstadt Kopenhagen hinaus sich das arbeitende Volk Dänemarks hinter der roten Fahne des Sozialismus.

Nur diese feste Verwurzelung der sozialistischen Arbeiterbewegung auf dem Lande, in der arbeitenden bäuerlichen Bevölkerung, erklärt den großen Erfolg der dänischen Sozialdemokratie, die in einem Agrarland mehr als 40 Prozent der Stimmen erobert konnte.

Was aber diesem Wahlsieg vor allem Bedeutung gibt, was uns berechtigt, ihn als einen wahrhaft internationalen Sieg der Arbeiterklasse mitzufeiern, das ist sein Ursprung aus dem Kampfe um die Abrüstung. Eine der dringendsten Forderungen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, die Maiparole der Sozialdemokratie aller Länder, der Ruf nach der Abrüstung war die Wahlsparole unserer dänischen Genossen. Um die Abrüstung wurde in einer Linie gekämpft, über den unverschämten Rüstungsforderungen der konservativen Partei war der alle Folkething in die Brüche gegangen.

Als im Jahre 1924 der Wahlsieg der sozialdemokratischen Partei das Minderheitskabinett Stauning aus der Macht brachte, warf die sozialdemokratische Regierung sofort die Frage der vollständigen Abrüstung auf. Nur eine „Behrmasch“ von 1600 Mann sollte Dänemark erhalten und eine Flotte nur soweit, als der Polizeidienst in den Küstengewässern es erforderte. Gegen die radikalen Abrüstungsvorschläge der Sozialdemokraten entsetzten die Konservativen und der halbsozialistische „Rechtsverband“ eine wütende Hege. Das Verratsgeschrei hatte den Erfolg, daß im Jahre 1924 die Sozialdemokraten zwar keine Stimmen verloren, aber an dem allgemeinen Zuwachs einen relativ kleinen Anteil hatten und zwei Sitze einbüßten. Da die Radikalen, auf deren Unterstützung Stauning angewiesen war, vier Mandate verloren, fiel die Macht an die Rechtsparteien. Die konservative Partei forderte von der Bauernpartei, die allein das Minderheitskabinett bildete, eine Aufrüstung

Arbeiterfürsorge.

Denkt an die Armen! Spendet und sammelt für die Arbeiterfürsorge.

und, als man ihren Wünschen nicht entsprach, enthielt sie sich bei der Budgetabstimmung der Stimmen. Sie hatte gehofft, daß die Sozialdemokratie für das Budget stimmen würde. Die Sozialdemokratie jedoch brachte das Ministerium Raden-Engel zu Fall.

Da die Radikalen ihren Besitzstand wahren konnten, die Sozialdemokraten mehr gewinnen, als sie jetzt sind und die Radikalen zusammen einbüßten, wird der neue Sozialismus eine entschiedene Linkskurve zeigen: von 77 gegen 72 Stimmen aufweisen.

Vor wenigen Tagen versuchte die sozialistische Presse sich über uns lustig zu machen, weil wir von den Wählern der Sozialdemokratie Erfolge der Abrüstung erwarten. Heute können wir schon auf den Sieg unserer dänischen Genossen vertrauen, der sie in den Stand setzt, ihre feinerzeitige Abrüstungsaktion fortzusetzen. Freilich, die Kommunisten können auf diese Weise, im Kampf um die Röhre, im freien Wettbewerb der politischen Programme, nicht ans Ziel kommen. Haben sie doch in Dänemark ganze 3655 Stimmen (und natürlich kein Mandat) bekommen, gegenüber fast 800.000 Stimmen der Sozialdemokratie. Ein halbes Prozent der sozialdemokratischen Stimmen beträgt die wohlgerne Zahl der Anhänger Stalins in Dänemark. Fast dreifach soviel Stimmen, als die Kommunisten überhaupt erhalten haben, konnten die Sozialdemokraten gewinnen!

Als im Jahre 1926 die Sozialdemokratie Dänemarks mit ihrem Anteil am Wählerzuwachs hinter den konservativen Parteien zurückblieb und zwei Siege verlor, konnte man vielleicht daran zweifeln, ob in dem Bauernland Dänemark die Sozialdemokratie überhaupt jemals mehr als 36 Prozent der Stimmen erhalten könnte, ob ihr Besitzstand nicht das höchste Erreichbare darstellte. Nun hat die Sozialdemokratie in dem Bauernland Dänemark 20 Prozent Stimmen gewonnen, die Differenz zwischen sich und der nächstgrößten, der Bauernpartei, von rund 70.000 Stimmen auf beinahe 200.000 vergrößert. In dem Agrarstaat Dänemark ist die Sozialdemokratie die weitaus größte Partei, die führende Partei, die Vertreterin von 41 Prozent des Gesamtvolkes!

Wahrhaftig ein herrlicher Sieg der sozialistischen Idee, ein Sieg der sozialdemokratischen Taktik, ein Erfolg der einzigen, geschlossenen dänischen Arbeiterklasse und weil es, acht Tage vor dem ersten Mai, auf unsere Maidorole, um die Abrüstung ging, doppelt ein Erfolg der gesamten sozialistischen Internationale!

Polizeispiegel kontrollieren die Landesvertreter.

(Fortsetzung von Seite 1.)

Böhmen. Das ist aber durchaus nicht der Fall. In Böhmen müssen die autonomen Bezirke, die wir bei uns bisher nicht gehabt haben, für die Aufbringung der Mittel für soziale Fürsorgezwecke zum großen Teil selbst sorgen und außerdem müssen die durch die Anstalten in Mähren und Schlesien aufgebracht und im Voranschlag als Bedienung verzeichneten Beträge in Abzug gebracht werden, so daß in Wirklichkeit nur 24 Prozent übrig bleiben. Dafür gibt es aber in allen Krankenhäusern eine geradezu beängstigende Überfüllung. Klagen auf Klagen werden laut und es wird nichts unternommen, um diese wahrhaft beschämenden Zustände zu beseitigen. Die Millionen, die für Unterrichtszwecke eingestellt sind, die Millionen, die der sozialen Fürsorge und der Hygiene gewidmet werden, kommen der Bevölkerung zugute. Die 40 Millionen aus dem Kapitel der Landwirtschaft, die sind bloß den Landwirten gewidmet; und da kommen sie nicht allen, sondern nur gewissen bevorzugten Kreisen zugute. Aber im ganzen Budget finden wir kein Kapitel, das ausschließlich der Arbeiterfürsorge gewidmet wäre! Das Gemeindefinanzgesetz und die Verwaltungsreform haben die soziale Fürsorge, insbesondere Jugendfürsorge, vor eine ganz neue Situation gestellt. Das Gemeindefinanzgesetz hat die Umlagenfreiheit der Gebietskörperschaften derart erdrosselt, daß insbesondere die Gemeinden nicht mehr ihren Verpflichtungen in der Fürsorge werden nachkommen können, geschweige denn, daß sie imstande sind, neue Pflichten auf sich zu nehmen. Und die Verwaltungsreform in ihrem undemokratischen Aufbau hat jeden Einfluß der breiten Massen auf die Verwaltung unterdrückt, andererseits die Macht der Bürokratie derart gestärkt, daß das Schwerkste für die Fürsorge zu befürchten ist.

Der christlichsoziale Redner hat auch auf das Verhältnis zwischen privater und öffentlicher Fürsorge hingewiesen. Man kann hier verschiedene Ansichten sein. Nach Ansicht vieler soll die gesamte Fürsorge verstaatlicht werden. Diesem Extrem steht auf der anderen Seite die Forderung gegenüber, der Staat habe sich überhaupt von der organisierten Fürsorge fernzuhalten und höchstens Geld herzugeben. Zwischen diesen extremen Ansichten liegen noch andere Anschauungen, so daß die private Fürsorge mit der staatlichen gleichberechtigt sei, oder daß die private Fürsorge ein Hilfsorgan des Staates sei. Wir verwerfen die Forderung nach vollständiger Verstaatlichung der Fürsorge vor allem aus dem Grunde, weil uns der Friedensvertrag in der sozialen Fürsorge eine gewisse nationale Autonomie verbürgt, die wir nicht aufgeben werden, dann aber auch weil wir aus der Verstaatlichung die Bürokratisierung aller Fürsorgearbeit befürchten. In vielen Ländern ist der Staat in der Fürsorge bloß Geldgeber und kümmert sich wenig um ihre inneren Einrichtungen. Bei uns ist es umgekehrt. Er gibt wenig, auf manchen Gebieten gar nichts, dafür mischt er sich in alles ein. Hier muß ein Ausweg gefunden werden. Das Kontrollrecht des Staates darf nicht so weit gehen, daß wir in der Fürsorgearbeit in unserer Freiheit und Selbständigkeit gehindert werden. Und vor allem müssen wir auf diesem Gebiete Gerechtigkeit auch in nationaler Beziehung verlangen. Die

Mittel, die der Staat auf diesem Gebiet widmet, müssen nach dem nationalen Schlüssel aufgeteilt werden.

Genosse Bupal

ergriff zu dem Kapitel Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie das Wort und setzte sich vor allem mit den Ausführungen des tschechischen Agrariers Stoupal auseinander, der gegen Dinge polemisiert hatte, die in der Debatte gar nicht erörtert worden waren. Wir sind prinzipiell keine Gegner der landwirtschaftlichen Schulen und der Bildung für das Landvolk überhaupt, wogegen wir uns aber empören, daß ist die besondere Bevorzugung, die diese Domänen der herrschenden agrarischen Parteien wie in der ganzen Staatsfinanzgebung, im ganzen Regierungskurs, so auch im mährisch-schlesischen Landesbudget finden. Wir protestieren aber vor allem dagegen, daß das gesamte Schulwesen in diesem Staate und ganz besonders in unserem Lande so stiefmütterlich behandelt wird; das muß festgestellt werden, daß wir, unser Schulwesen anbelangt, auf weit tieferem Kulturniveau stehen als andere Länder.

Aber wo ist die Gleichberechtigung, wo ist die Rücksichtnahme auf die soziale und wirtschaftliche Struktur des Landes, wenn man für die Landwirtschaft 12 Prozent der ganzen Voranschlagssumme aufwendet, für Industrie, Handel und Gewerbe aber nur 1,7 Prozent hergeben will?

Wir sind der Meinung, daß die für Gewerbe und Industrie ausgetroffenen Summen viel zu gering sind. Andererseits müssen wir aber doch verlangen, daß der Landesauschuss vor Verteilung von Subventionen für gewerbliche Zwecke zuerst den Bericht beim Gewerbeinspektorat einholt, ob der Bewerber in seinem Betrieb auch die Arbeiterbeschäftigungsvorschriften einhält. Davon muß die Erteilung von Subventionen abhängig gemacht werden.

In dem Kapitel Gesundheit und soziale Fürsorge verwies Genosse Bupal eingangs seiner Ausführungen auf die selbst von den Merkmalen zugestandenen ungeheuerlichen Kindersterblichkeit, die eine Folge der traurigen wirtschaftlichen Lage der gesamten arbeitenden Bevölkerung ist. Die heute an der Macht befindliche Bürgerblockregierung hat aber nichts unternommen, um die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern, sondern hat im Gegenteil alles dazu getan, um diese noch zu verschlechtern. Wir stehen da eben auf dem Standpunkt, daß man vorbeugen muß und daß man die wirtschaftlichen Voraussetzungen schaffen muß, um diesem Uebel zu steuern.

Weiter sprach Genosse Bupal über das Kapitel Gesundheitswesen und zeigte an Hand von Beispielen die Notlage der vom Land zu erhaltenen Kranken- und Humanitätsanstalten auf. Herr Dr. Linke hat gemeint, daß er wohl für unseren Antrag, die Post-Heilanstalten in und außer Mähren-Schlesien von 200.000 auf 600.000 Kronen zu erhöhen, nicht stimmen werde, da er sich auf die private Fürsorge verlassen will. Wir glauben, daß so den armen, kranken Kindern, die wir aus Meer in Heilanstalten senden konnten, nicht wird geholfen werden können, und wir hoffen, daß die anderen Mitglieder der Landesvertretung, vor allem der Finanzreferent, nicht das Herz haben werden, den armen, kranken Kindern die Mittel zur Heilung zu entziehen! Eine andere Frage, die unbedingt gelöst werden muß, ist die Instandhaltung unserer sozialen und Humanitätsanstalten. Wir in Mähren müssen es wissen, was gebraucht wird, und wir müssen darauf bestehen, daß nicht Prager Beamte unsinnige Streichungen am Budget vornehmen, wie es diesmal auf Befehl der deutsch-tschechischen Bürgerregierung geschehen ist.

Wer wird der nächste sein, den sie begraben?

Die richtige Linie des Stalinismus führt über die Massengräber der kommunistischen Führer. Daß man ab und zu mit einem oder dem anderen sogar längere Geschichten macht und ihn nicht kurzweg ins Massengrab haut, sondern mit Sang und Klang hinausspielt, deutet wohl nur darauf hin, daß man seiner Sache nicht ganz sicher ist. Wen es jetzt treffen soll, mag uns die „Internationale“ selbst verraten:

Die Arbeiter müssen mit Neurath endgültig Schluss machen.
Karl Weitengel (Mh).

Aber plötzlich scheint ein Teil unserer Arbeiterparteilmitglieder und Funktionäre vor dem entscheidenden Schlag gegen die Liquidatoren zurückzusinken! Was kann die Arbeiterpartei tun, die in vielen entscheidenden Situationen im ersten Glied der revolutionären Front marschiert ist, jetzt, wo es gilt, wirklich Schluss zu machen mit den opportunistischen Krebsgeschäden in der Partei zu vernichten? Es ist die Person Neurath, die sich in diesem Augenblick zwischen die Arbeiterpartei und die kommunistische Partei wühlt. Die Profeten von Mh und die kommunistische Internationale stellt Neurath, der mit dem Komintern vollständig gebrochen hat, will sich, wie das jeder beliebige Kleinbürger macht, an der kommunistischen Bewegung rächen. Im vollen Bewußtsein der Unmöglichkeit, weiter Mitglied der kommunistischen Internationale zu bleiben, setzt er alles auf eine Karte. Indem er die vorerwähnten Genossen zu seinen Verteidigern ernannt, hat er den schändlichen Plan, die Arbeiterpartei von der APC und von der Komintern weg, und in das Lager der Reaktion zu führen. Neurath, der seit seinem politischen Bankrott anlässlich der tschechischen Auslandsreise in der Komintern, nicht aufgehört hat, mittels fraktioneller Treibereien die Partei an ihrer Aktionsfähigkeit zu behindern, der seit seinen besten Tagen in der tschechischen, in der Partei entweder im Schmolzwinkel steht, oder durch persönliche Geschäftigkeiten die innerparteilichen Verhältnisse vergiftet, hat sich seine „Positionen“ in Mh mit Notbehalt geschaffen. Er hatte seine Angel in dem Moment ein, als die Arbeiterpartei in offener Opposition gegen seine jetzigen „Anführer“ Jilek-Bolen stand. Seine damalige Absicht, die Arbeiterpartei trotzlich zu verfechten, ist ihm zwar mißlungen. Nichtsdestoweniger fand er bei einigen führenden Genossen Gehör, die er tatsächlich seiner Fraktion angliederte.

Wenn vor dem roten Tag ein Schein der Berechtigung für die Aufrechterhaltung der Neurathfraktion bestand, so erbroche die Diskussion den Beweis des endgültigen Bankrotts der Politik Neuraths. Neurath, der im übrigen die Diskussion sabotierte, brachte als Beitrag zur Diskussion seine „Geschichtsklitterung“, ein Produkt seines persönlichen Spießbüttentums, das vom Gen. S., dem Vertreter der Komintern, mit vollem Recht als „Schwanzengangs“, als Abschlachtungsprobe von der politischen Tribüne des Kommunismus charakterisiert wurde. Die Versuche der Genossen Grünwald und Schiff die opportunistische Neurath-Plattform (Referententomben) in der Diskussion zu verteidigen, wurden von der Partei zurückgeschlagen.

Der einheitliche Wille der Arbeiterpartei, die Spaltung unserer kommunistischen Bewegung zu verhindern, die Partei von allen Fremdkörpern und inneren Feinden (und sie werden erkennen, daß Neurath ein Feind der Partei ist) zu reinigen, um mit erhöhter Kraft unsere

Copyright des Verlags „Der Arbeiter“, Wien.

Aufruhr im Warenhaus.

Von Manfred Georg. 15

Es traten mir Töchterinnen auf. Zuerst weiße. Sie trugen Masken, denn hätte sie hier ein sich zufällig verirrender Besucher gleicher Farbe erkannt, sie wären jenseits der Grenze, da die Häuserblocks des Regierungsviertels haarscharf aufhörten, niedergeschlagen worden. Als Boris mit Juanita in das Dunkel des kaum beleuchteten Raumes eintrat, stand gerade eine Portugiesin auf den beleuchteten Schreibern. Zwei fetter Beine, die Spuren von Krampfkrämpfen zeigten, tanzt in blauem und grünem Licht. Sie waren ungeschön, und die Haut war verbräunt. Man sah es, ja die Schminke abgeblättert war, aber es waren die Beine einer Weichen, und die Keder wogten sich in den Hüften. Boris glaubte ein kaltes, gieriges Stimmchen, das von den Lippen aufstieg, zu hören. Ein Oberer, schon angegrauter Schwarzer griff plötzlich nach der Tänzerin. Sie trat ihm so heftig auf die Hand, daß er mit einem Schrei den Arm zurückzog. Das Publikum machte Beifall und ließ dumpfe Aechzlaute der Begeisterung aus. Dann trat die Portugiesin ab.

„Jetzt kommt Irene.“
Das Interesse des Publikums flaute ab. Die zartfüßige, mild salzbraune, siebzehnjährige Mulattin interessierte nicht so sehr wie die portugiesische Schlampe. Boris füllte seine Wünsche sich erfüllen. Hier war noch alles im ersten Raum. Die Blide fokussierten so unruhig in ihrer kindlichen Großartigkeit, die Gelenke waren so schmal und frisch, über den Lippen lag ein Strahl, den noch kein Männerzahn gerührt hatte. Als Irene geendet hatte, klopfte er laut. Er war der einzige, der es tat. Man sah ihn mißbilligend an. Sie kam an den Tisch zu ihrer

Schwester. Die fuhr ihr über das Haar, wie man einen Hund, den man ausstellt, streichelt. „Das ist mein Freund Boris. Er kommt irgendwo hinten aus Europa. Ich glaube, er liebt dich. Wie ist du heute abend zu Hause sein?“
Die Kleine nickte, ohne ihre Lippen von dem Strohhalm zu nehmen, durch den sie eine überrote Orangade sog.

Juanita wohnte mit ihrem Vater, einem Vollwüchsiger aus New Orleans, der erblindet war, und der Mutter, einer französischen Wäscherin aus Bordeaux, in einem jener von Kindergeheiß, Wäschegeschäft und Unsauberkeit scharrenden Häuser, die als Streitgegenstand zwischen weißen und schwarzen Kapitalisten das Los den Projektgegnern teilen, um die sich jeder erst kümmert, wenn er endgültig der Besitzer geworden ist. Juanita schob die Eltern ohne weiteres aus dem Wohnzimmer. Dann nahm sie aus dem almodischen Büfett Schnaps, Feigen und Zunderwerk und setzte sich zu Boris, der von den vielen Aufregungen des Abends so erschöpft war, daß seine Nerven flatterten. Er trank, fragte, ob Irene bald käme und begann plötzlich von Feiern zu erzählen. Die Mulattin verstand ihn nur halb. Was sie heraushörte war, daß sie seine Bekanntschaft ihrer Neugierde mit einer Frau verdankte, die er geliebt hatte. Er verlor sich hinein in ihr lüchliches Gestammel.

Juanita entzündete sich an seinem gefühlvollen Geschwätz. Sie füllte den Ton des Mutes. Mit einem Rud rief sie ihre Bluse auf und drehte ein Gesicht zwischen ihre warmen braunen Brüsten.

„War es so?“ fragte sie und erstidete ihn fast. Dann sank er mit ihr in das Dunkel einer Ecke, während die Aufregung über dem Büfett schlug, und entließ sich dann traumlos.

Juanita tastete sich vorsichtig in die Stühle zurück. „Er bleibt! Mit einem Weissen werde ich gute Geschäfte machen.“

Irene horchte, die dünnen Beine gekreuzt vor dem Herd. „Soll ich zu ihm hingehen?“
Juanita hob ein Holzstück auf. „Ich schlage dich krumm und lahm, wenn du noch einmal solche Dummeheiten fragst.“
Irene schüchtern erschrocken zu der Mutter, die am Küchentisch saß und in den Hof hinabsah.

„Wenn er mich heiratet, werde ich in ein paar Jahren, was ihr nie sein werden: Bürgerin der Vereinigten Staaten. Hier laufe dir was für deine Speisekammer zusammen.“

Sie warf der Mutter einen zehn-Dollar-Schein hin, den sie Boris aus der Tasche genommen hatte. Irene und die Alte lächelten und rauchten sich ein wenig um den Schein. Dann strichen sie ihn gemeinsam glatt.

Der Vorführungsdirektor für die Modenschau-Abende der Brookerschen Niederlassung in San Francisco, ein ehemaliger österreichischer Kavallerieoffizier, stampfte ungeduldig mit dem Fuß auf den Boden.

„Ja. Sie sind mir doch nicht als Heilsgarant-Sängerin, sondern als Mannequin zugeteilt worden. Fräulein Spira. Also stieren Sie sich nicht. Im übrigen können Sie sich darauf verlassen, wir werden das Licht so rasch wechseln, daß man Ihre Reize nur ahnen wird.“

„Ja“, sagte Marie schüchtern, „aber ich muß doch mitten auf dem Steg durch den Saal, und die Kanonen am Steg. Die wechseln doch nicht. Die ganzen Konfektionsfrühen, die die ersten Tische haben.“

Herr Boldi Jenner beschah sich ungeduldig seine gut polierten Fingerringe. „Bitte schön, Fräulein Spira, die kleine Davis ist noch frei. Ich werde Ihnen Ihre Papiere anschieben.“

Marie zerlachte nervös das Taschenbuch. „Seien Sie doch nicht gleich so unwirksam. Ich werde schon alles machen, wie Sie es sagen.“
„Sie nehmen die Seidentombination auch?“

„Ja, wohl, auch.“
Boldi Jenner umschritt Marie mit einem musterbunden Blick. „Ihre Figur ist wirklich fabelhaft.“

„Was, was wünschen Sie von mir?“
„Nur etwas Geschäftliches. Sie sollen nicht nur den Sieg erringen, sondern sich auch zwischen den Tischen zeigen. — Miß Prince!“

Die Älteste Abteilungsleiterin steckte den Kopf durch den Vorhang.

„Miß Spira bekommt für den Abend fünf Dollar extra. Sie macht noch die Tour durch die Tische. — So, und nun sind Sie bis neun Uhr abends frei. Dann bitte ich, sich pünktlich im „Commodore“ im Ankleideraum im zweiten Stockwerk einzufinden. Auf Wiedersehen.“

Maria nahm eine Tram und fuhr nach dem Hafen. Sie fuhr immer nach dem Hafen, wenn sie innerlich verzweifelt war. Das halbe Jahr, das sie hier in San Francisco lebte, war kein schönes gewesen. Alles war so teuer, und das Gehalt reichte nicht hin und nicht her. Die Eleganz der Kolleginnen hatte sie zu einem Wettkampf veranlaßt, durch den ihre Finanzen von Anfang an ruiniert worden waren. Von Jelena kam ab und zu ein Brief, geschrieben in der klaren und eindringlichen Art der Verfasserin, der eine baldige Rückkehr versprach und im übrigen vielerlei praktische Ratsschläge enthielt. Maria hätte es lieber gehabt, Jelena hätte ihr Geld statt der Ratsschläge geschickt, aber sie wagte es nicht, sie darum zu bitten. Herr Boldi Jenner hatte ihr zwar des öfteren Gratis-Autotouren vorgeschlagen, doch eine Kollegin, die zufällig das Gespräch mit angehört hatte, war mitleidig genug, ihr zu erzählen, daß Autotouren mit Herrn Jenner gewöhnlich in einem übel berüchtigten Vorstadtkaffeehaus, und nicht nur damit, sondern auch mit einer baldigen unbegründeten Entlassung der Ausflugsdünstigen zu enden pflegten.

(Fortsetzung folgt.)

Frauenreifehschule.

Zur Ausbildung und Schulung von Funktionären für unsere sozialistische Frauenbewegung wird in der Zeit vom 6. Mai bis 1. Juni im Erholungsheim der Rumburger Krankenkasse in Dittersbach (Bezirk Teßchen) eine vierwöchentliche Frauenreifehschule im Internat veranstaltet. Das Programm ist folgendes:

1. Redetechnik und Berichterstattung.
2. Einführung in den Sozialismus.
3. Politik.
4. Frauenprobleme der Gegenwart. (Die Frau im Rechtsleben. — Die Frau in den Selbstverwaltungsinstituten. — Frauenarbeit und Rationalisierung. — Frau und Sozialpolitik. — Frau und Arbeiterfürsorge.)
5. Organisationskunde und Organisationstechnik.
6. Volksgesundheit.
7. Sozialistische Erziehung.
8. Die Frau in der Geschichte.

Seminare, Abendveranstaltungen und Exkursionen ergänzen das Programm. Als Vortragende wirken die Genossinnen und Genossen: Marianne Kollat—Wien, Prof. Polach, Hanni Blahn, Irene Kirbal, Ernst Bergauer, Dr. Emil Franzel, Dr. Theodor Gruschka, Josef Hofbauer, Karl Kern, Franz Adoler, Ernst Paul, Prof. Gustav Schweitzer, Dr. Emil Strauß, Dr. Robert Wiener.

Die Schule wird am 6. Mai um 2 Uhr nachmittags eröffnet. Auskünfte erteilt die Zentralfstelle für das Bildungswesen, Prag II., Rektorska 18.

Reifenaufgaben zu erfüllen, muß diese Genossen zur Ueberzeugung bringen, daß sie die Disziplin der Neurathfraktion über Bord werfen müssen, um mit der Partei, mit der kommunistischen Internationalen weiter vorwärts zu marschieren zu können. Sonst werden sie im Kampf gegen die Komintern den Weg aller Liquidatoren gehen."

Mit oder gegen Neurath.

Von Karl Spannbauer, Lura.

... Unsere politische Leichtgläubigkeit neigte nun zum Versöhnertum. Wir wollten retten, was zu retten war und haben mit dieser sozialdemokratischen Eierschale zur Verschärfung der Krise beigetragen. Wir haben von der Freiheit der Diskussion eine vollkommen unkenntliche Auffassung, gerade zu jener Zeit, als die erweiterte Kreisleitung der Partei und Jugend gegen die prinzipienlosen Liquidatoren siebentwacht aufgetreten ist.

... Und als Pais mit seinen Trotzkisten sich an den NW. herantogte und der Partei in den Rücken fiel, da haben wir wiederum — Jugend und Partei — im Verein mit den NW-Sektionen diese räuberische Verbrechenaktion bekämpft und verworfen. ... Nur mit demagogischen Mitteln gelang es Neurath sich Anhang zu verschaffen und ihn gegen die Partei anzupspielen. Sein kontrevolutionärer Trostismus war nicht nur ein Verbrechen an der Partei, sondern auch ein Verbrechen an der Gesinnung dieser ehrlich denkender Genossen, die er in bewußter Absicht für seine politischen Zwecke zur Parteirebellion mißbrauchte. Und wenn er heute im Verein mit den 22 Renegaten Abgeordneten gegen die Partei kämpft und offen als Komintern-Feind austritt, dann muß auch die Partei über ihn den Stab brechen.

Unsere Bewegung wird erst dann leben, wenn ihre Widersacher zurunde gehen. ... Alle unbeschreiblichen und liquidatorischen Elemente haben wir bereits über Bord geworfen und aus der Partei entfernt, so daß wir reibungslos den Weg zu beschreiten imstande sind, der uns im raschen Tempo die notwendige Kampfkraft gibt und uns der bolschewistischen Aktivität entgegenführt. Wir werden alles tun was für die Volksherrschaft der Partei notwendig ist und den Opportunismus und das schändliche Renegatentum in den kleinste Winkeln mit dem schärfsten Kampfe überwinden.

Neurath hat während der Parteidiskussion den schweren Fehler begangen über Neimanns Nam' und Art und auch, woher er kam der Fahrt, erschöpfende Auskunft zu geben. Diese verdienstvolle Handlung, die nach zehnjähriger Hetz- und Spaltungsarbeit endlich eine der Arbeiterklasse nützliche Aktion Neuraths darstellte, wird ihm von dem neuen Dalai Lama nicht versichert, Erimen laefae majestatis, Majestätsbeleidigung! Freilich über's Jahr, wenn Neimann denselben Weg gegangen sein wird, den heute Pais, Neurath und Pais vorausgehen, dann wird die ganze Komintern daselbe über ihn sagen, was Neurath bereits über ihn gesagt hat. Jetzt aber war's noch zu bald. Neurath hat sich im Termin verrecknet, er hatte nicht die richtige Würdigung. Darum fliegt er; wie es scheint, mit Sorg und Mühe, über die Gewässer, daß seine Besieger nachkommen. Die gleiche Linie führt ins gleiche Massengrab.

Keine Faschisten, keine Hitlerianer?

Als der Konflikt Fahrners mit der nationalsozialistischen Partei ausbrach, erklärte diese, sie habe jederzeit in klarer Form faschistische Methoden und Ansichten abgelehnt. Wir haben damals eine kleine Blätterseite früherer Meinungsäußerungen der Nationalsozialisten veröffentlicht, aus denen hervorging, daß sie jederzeit in reichlich klarer Form ihre Sympathien für den Faschismus und ihre Verbindung mit Hitler kundgetan und die Methoden des italienischen und des deutschen Faschismus gebilligt hat.

Gramels soziale Fürsorge für — seine eigene Partei.

Scharfe Kritik im Abgeordnetenhaus an den jüngsten Ernennungen. — Um eine deutsche Handelshochschule.

Prag, 25. April. Die heutige Sitzung des Parlamentes, die erste nach den ungebührlich lange ausgedehnten Osterferien, hatte zwei Schulvorlagen auf der Tagesordnung. Fast alle Redner beschäftigten sich jedoch auch in ausführlicher Weise mit dem unerhörten Ernennungsstandal, den sich Herr Gramel bei der Ernennung der Funktionäre der Krankenkassen kürzlich geleistet hat. Unsere Fraktion hat ähnlich wie im Senat auch hier eine dringliche Interpellation an die Regierung eingebracht, in der es heißt:

Die Landesbehörden haben auf Grund der Sozialversicherungsnovelle die Ernennungen in die Organe der Krankenversicherungsanstalten durchgeführt. Ganz abgesehen von dem Umstand, daß das Sozialversicherungsgesetz seit nahezu drei Jahren, die Novelle hierzu seit Beginn dieses Jahres in Wirksamkeit ist, also zweifellos die Möglichkeit gegeben wäre, endlich einmal die im Gesetz vorgesehenen Wahlen aller Organe durchzuführen, wäre doch zumindest zu erwarten gewesen, daß, wenn schon Ernennungen durchgeführt werden, dabei wenigstens die sachgemäßen Vorschläge der Zentralsozialversicherungsanstalt berücksichtigt werden, da diesem Institute nicht nur von Gesetzeswegen die Aufsicht über die Krankenversicherungsanstalten anvertraut ist, sondern auch ihre Zusammensetzung aus Vertretern der Versicherten, der Arbeitgeber und aus Fachmännern die Gewähr dafür bietet, daß in ihren Vorschlägen auf alle in Betracht kommenden Interessen Bedacht genommen wird.

Statt dessen haben wir bei Prüfung der Ernennungen feststellen müssen,

daß im Reichen der sogenannten „Entpolitisierung“ die Ernennungen nach dem politischen Schlüssel vorgenommen wurden, und zwar unter Verschlechterung des bei den Ernennungen in die Landes- und Bezirksvereinigungen anzuwendenden verfassungsmäßigen Schlüssels, der die Regierungsparteien auf Kosten der Opposition in schier ungläublicher Weise bevorzugt.

Dabei sind einzelne Oppositionsparteien entweder überhaupt übergangen, andere arg verkürzt worden, während unter den Regierungsparteien insbesondere die beiden christlichsozialen Parteien in auffälliger Weise begünstigt worden sind. Dadurch muß unbedingt der Eindruck hervorgerufen werden, daß zwischen der unehrlichmässigen Bevorzugung dieser Parteien und der Parteizugehörigkeit des Herrn Ministers für soziale Fürsorge ein innerer Zusammenhang besteht.

Es muß auch festgestellt werden, daß, soweit überhaupt der Schlüssel der politischen Wahlen berücksichtigt wurde, keineswegs Bedacht darauf genommen wurde, daß nicht das Verhältnis der Gesamtbevölkerung, sondern nur das Verhältnis innerhalb der versicherungspflichtigen Personen in Betracht kommt, wonach also die sozialistischen Parteien nahezu mit ihrer ganzen Stimmenzahl, die bürgerlichen Parteien aber nur mit einem Bruchteil zu berücksichtigen gewesen wären.

Dieses willkürliche und parteiliche Vorgehen wird aber noch durch

offensichtliche Ungesetzmäßigkeiten

verschärft. Es sind als Vertreter der Arbeitgeber Personen ernannt worden, die überhaupt keine versicherungspflichtigen Angestellten beschäftigen, während andererseits als Vertreter der Versicher-

In seinem Leitartikel vom 20. Ostermond (April) schreibt Max Karg wiederum:

„Die sudetendeutschen Nationalsozialisten sind keine Faschisten und sind auch keine „Hitlerianer“, sondern sind eine eigene, selbständige und bodenständige Partei, die bereits ein Jahrzehnt bestanden hat, bevor Hitler überhaupt ins politische Leben trat. Die Behauptung Fahrners, sein Austritt sei eine Demonstration gegen das Wählerverbot der Partei in faschistisch-hitlerische Gedankengänge, ist daher vollständig aus der Luft gegriffen.“

Zwei Tage vorher aber hatte sich im „Tag“ ein anderer bodenständiger Germane mit Namen Zepf Hans Kocab zu Hitlers 40. Geburtstag (auch dieser Selbsterfindung erwächst langsam den Anabensjahren) wie folgt geäußert:

„Zeit Jahren stand wohl die Fahne der nationalsozialistischen Bewegung im sudetendeutschen Grenzland, aber es ist dies das unbestrittene Verdienst Hitlers, dem Nationalsozialismus im Deutschen Reich den Weg gebahnt und die Prägung gegeben zu haben. Er hatte klar erkannt, daß nur ein Ziel noch Rettung bringen konnte: — Die Befreiung des deutschen Arbeiters durch den Sozialismus, der wider Marxismus und Kommunismus, wider Reaktion und selbes Spitzertum gerichtet ist. Dieser Nationalsozialismus, den Adolf Hitler trotz Spott, Hohn und erbarmungsloser Verfolgung predigte, ist heute bereits tausenden deutschen Menschen selbiger Glaube geworden, von dem sie wissen, daß er allein nur die Erlösung bringen wird, die der große Führer Adolf Hitler verheißt.“

Der Fahrner hat sichlich Rech' gehabt; er muß keine Bedenken gegen Hitler an einem Tage losgelassen haben, an dem die Partei faschistisch war, hätte er den periodischen Wechsel abgewartet,

ten vielfach solche Personen ernannt wurden, die überhaupt nicht oder doch nicht nach dem Gesetz 221-24 versichert sind.

Alle diese Ungerechtigkeiten und Gesetzwidrigkeiten können nur durch die endliche Durchführung der Wahlen ausgemacht werden. Die Zusage des Herrn Ministers im sozialpolitischen Ausschuss, daß die Wahlen im September durchgeführt werden sollen, kann uns keineswegs befriedigen, da einerseits diese Frist viel zu lang ist, andererseits die Einschränkung durch die Klausel „wenn möglich“ nach unseren wiederholten Erfahrungen den ganzen Wert dieser Zusage überhaupt in Frage stellt.

Wir fragen daher die Regierung:

1. Wie kann sie die bei den Ernennungen der Organe unterlaufenen Willkürlichkeiten und Gesetzwidrigkeiten rechtfertigen?
2. Ist sie bereit, alle notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit die Wahlen in die Bezirkskrankenkassen innerhalb von zwei Monaten durchgeführt werden?

Für die tschechischen Genossen sprach Dr. Winter, der den Fürsorgeminister wegen der Ernennungen ebenfalls in scharfer Weise angriff und ihm vortraf, daß er selbst die Ernennungsvorschläge, auf die sich die Gewerkschaften unter dem Druck der Verhältnisse mit den christlichsozialen Gewerkschaften geeinigt hatten, gänzlich unbeachtet ließ.

Zur eigentlichen Tagesordnung, dem Gesetz über die

Reorganisation der tschechischen Handelshochschule

in Prag, nahmen mehrere deutsche Redner Stellung. S. im (Nat.-Soz.) und Schollisch verlangten auch die Errichtung einer deutschen Handelshochschule und verwiesen dabei auf die diesbezügliche Resolution des Kulturausschusses vom Juni 1926, um die sich die Regierung bisher nicht im geringsten gekümmert hat. S. d. i. o. (V. d. L.) beklagt sich, daß in diesem Staate immer noch mit zweierlei Maß gemessen wird, und daß sich seit der Erkrankung Sechlas niemand mehr traue, den von ihm gezeigten Weg weiter zu verfolgen. Um die Richtigkeit der aktivistischen Politik darzutun, beruft er sich sogar auf die letzten Wahlen, bei denen die Regierungsparteien „mehr oder weniger“ ihre Stellung erhalten hätten!

Genosse Dr. Macel (tsch. Soz.-Dem.), der selbst Professor an der Handelshochschule ist, verlangt die Errichtung einer eigenen Abteilung für öffentliche Verwaltung und Wirtschaftspolitik.

Herr Wunsch, der allzeit getreue Politbüromann, verliest ein schrecklich launiges Sündenregister der sozialdemokratischen „Reformisten“, aus dem wir zur Illustration nur den Vorwurf herausheben, daß wir an der ideologischen Vorbereitung des Kampfes gegen Sowjetrußland arbeiten und mitzuteilnehmen an der Festsicherung der öffentlichen Verwaltung, weil — Genosse Ruffin die Ernennung zum Regierungskommissar der Gemeinde Teplitz nicht ablehnte.

Um 8 Uhr abends wurde die Debatte abgebrochen; für morgen sind noch vier Redner vorgemerkt. Die Debatte über die Hilfsschulen wird voraussichtlich erst in der nächsten Woche in der am 2. und 3. Mai Sitzungen geplant sind, angeschnitten und zu Ende geführt werden. Dann tritt wieder eine Pause bis nach Pfingsten ein.

so wäre ihm nichts passiert und die unangenehme Geschichte von der Brechung der Insubordination in den „Deutschen Park“ schlammerte vergebens in den Archiven des Herrn Krebs. Also künftig vorsichtiger sein! Erst anfragen, ob wir einen faschistischen oder antifaschistischen „Tag“ im Kalender haben!

Alles protestiert.

Gegen die Ernennungen in den Krankenkassen.

Die deutschen Regierungsparteien haben sich in letzter Zeit daran gewöhnt, gegen Verfügungen der Regierung zu protestieren, um der Bevölkerung gegenüber zu verdeutlichen, daß sie für alle Handlungen der Regierung mitverantwortlich sind. So ist es anlässlich der Ernennungen in die Landesvertretung von Böhmen und Mähren geschehen und so geschieht es jetzt mit Rücksicht auf die Ernennungen in die Krankenkassen. In einem Kommuniqué des Bundes der Landwirte wird gesagt: „Die Ernennungen verstoßen nicht nur das nationale Bevölkerungsverhältnis, sondern sie nehmen auch keine Rücksicht auf die sachliche, berufliche und sonstige Eigenart der ernannten Personen.“

Das alles hätten sich die Agrarier mit dem Minister für soziale Fürsorge, der die Ernennungen durchgeführt hat, ausmachen sollen.

Noch löstlicher ist es, daß auch die tschechischen Agrarier protestieren. In ihrer Entschlie-

„So weit es sich um die Ernennung der Verwaltungskommissionen der sozialen Versicherungsanstalten handelt, wurde beschlossen, gegen die Art der Durchführung zu protestieren, weil die getroffenen Vereinbarungen nicht beachtet wurden und weil die Ernennungen nicht dem tatsächlichen Zustand in einzelnen Gebieten entsprechen.“

Sogar die Partei des Ministerpräsidenten protestiert also gegen einen Akt der Regierung! Man muß da wirklich die Frage aufwerfen: Wer

Sozialistische Jugend.

Internationales Jugendtreffen. Zu Ende der vergangenen Woche lief im Bundessekretariat die achtundertste Meldung für die Wionfahrt ein. Dabei hat bisher nur ein kleiner Teil der Gruppen berichtet; von dem größeren Teil stehen die Meldungen noch aus. Es kann daher angenommen werden, daß die Zahl der Teilnehmer aus dem sudetendeutschen Gebiete 1000 weit übersteigen wird. Das ist ein Ergebnis, das man zu Beginn der Werbung nicht erwartet hätte und zeigt, daß die sudetendeutsche Arbeiterjugend ungemein starken Anstoß an der Arbeit der



Sozialistischen Jugendinternationale nimmt. Es ist zu wünschen, daß auch recht viele erwachsene Arbeiter und recht viele Genossen aus den sozialdemokratischen Organisationen aller Art die günstige Gelegenheit benützen, sich anlässlich des bevorstehenden internationalen Jugendtreffens, das mehr als 30.000 junge Proletarier aus allen Ländern versammeln wird, in denen es Sozialdemokraten gibt, das rote Wien anzusehen. Es genügt die Meldung beim nächsten Gruppenabstamm der sozialistischen Jugend, der die Meldung sofort an die Verbandzentrale weiterleitet. Die Reise mit der roten Jugend ins rote Wien ist sehr billig; sie kommt ab Prag hin und zurück, einschließlich des Teilnehmerbetrages, der Verpflegung und Uebernachtung auf etwa 250 bis 300 K zu stehen.

Ist denn für die Regierung verantwortlich, wenn nicht die Regierungsparteien, deren Vertrauensmänner in der Regierung sitzen?

Der Konflikt der Nationalsozialisten mit dem B. d. D. hat in den letzten Tagen zu verschiedenen Kundgebungen, Berichtigungen und Gegenberichtigungen im nationalen Lager geführt. Besonders stürmisch scheint es auf einer Bezirksstagung der Nationalsozialisten in Duz hergegangen zu sein, bei der auch Knirsch und Krebs anwesend waren. Die Parlamentarier — heißt es im Bericht des „Tag“ —

„warnten davor — wie dies zahlreiche Bg. wünschten — aus dem Bund der Deutschen auszutreten, sondern forderten zur Mitarbeit im Bunde auf. Nicht der Bund, sondern die unsoziale Hauptleitung müsse bekämpft werden.“

Denn eine Grenze hat Rebellionen! ... Aus dem Bund auszutreten, das wagen sie denn doch nicht. So wenig sie ihr „Antifaschismus“ jemals verleiten könnte, zum Austritt aus der Kirche aufzufordern, so wenig kann ihr „sozialer“ Bewußtsein sie zu erstlichem Kampfe gegen die Domäne des nationalen Spießbürgertums veranlassen. Sie fordern im Gegenteil zur Mitarbeit auf und die Herren Deutschnationalen werden über diese Rebellion sicher sehr erfreut sein. Es droht ihnen keine Gefahr, die allgetreueste Opposition steht die Obereisen mit Dank ein und die Parlamentarier sind zur Stelle, um die Rebellion der Bg. in die geordneten Bahnen der nationalen Blockpolitik zu leiten.

Der ehemalige Senator Dr. Frania gestorben. Vorgestern abends starb im Boboler Sanatorium nach einer längeren Krankheit der ehemalige Vorsitzende des böhmischen Landesverwaltungsausschusses und ehemalige Vorsitzende Stellvertreter des Senates Dr. Bohuslav Frania. Frania, ursprünglicher Landesbeamter wurde im Jahre 1911 für die jungtschechische Partei zum Abgeordneten im Wiener Reichsrat gewählt, gehörte im Kriege der Massia an, wurde nach dem Umsturz Vorsitzender des Landesauschusses, wurde 1920 als nationaldemokratischer Kandidat zum Senator gewählt und war von 1924 bis 1925 Vizepräsident dieser Körperschaft. 1925 hat er mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand nicht mehr kandidiert.

Udrzal als Schiedsrichter. Zum Konflikt zwischen Kramar und Benck teilt „Expres“ mit, daß sich beide Parteien auf einen Schiedsrichter, und zwar auf den Ministerpräsidenten Udrzal geeinigt haben. Kramar soll seine Rede schriftlich erläutern, worauf Benck ebenfalls schriftlich antworten soll. Die Entscheidung wird dann durch den Ministerpräsidenten gefällt werden.

Ausgebentete!

Die bürgerliche Presse steht im Golde Gurer Ausbeuter In die Hand des Arbeiters das Arbeiterblatt

Tagesneuigkeiten.

Die Frau, die sich langweilt.

In der geistigen „Bohemia“ befaßt sich Frau Elsa Tauber mit den fräulichen „Modenleidenschaften“ und berichtet den Gründen nachzugehen, warum die „Ruhhaus-Frau, die berufstätige Frau und die Luxusdame“, warum sie alle „auf das Nebengeleise einer gerade modernen Zerstreuung geraten“, wie sie beispielsweise Bridge, Rummel, Kreuzworträtsel, Tanz usw. bieten. Die Verfasserin kommt zu der Erkenntnis, daß alle diese Frauen durch innere Unruhe zu solchen Zerstreuungen getrieben werden und daß wiederum dieser Mangel an innerer Ruhe gewöhnlich beim Ehemann liege, daß also die in ihrer Ehe unglückliche oder gelangweilte Frau zwangsläufig zu allerlei Ablenkungen und Abwechslungen greifen müsse.

Wir wollen nun die Ansicht der Frau Elsa Tauber, daß das Unbefriedigtsein ihrer Geschlechtsgeinsten in dieser oder jener Ehe derlei widerliche Erscheinungen, wie etwa den Bräutigam, erzeugen, keineswegs von der Hand weisen. Wir bezweifeln aber, daß unter den berufstätigen Frauen eine wirklich nennenswerte Zahl zu jenen Bridge- und Rummelenden gehört, die die Frau Tauber durch einen Appell an die Gatten erlösen zu können. Und auch die Ruhhausfrauen, nämlich diejenigen, die vom Haushalt, von der Pflege und Erziehung ihrer Kinder in bedeutendem Maße in Anspruch genommen sind, dürften kaum für jene Modenleidenschaften disponiert sein. Das Mangelstück, das da in der „Bohemia“ angestimmt wird, kann sich in der Hauptsache ja doch nur auf die Luxusfrauen beziehen, auf jene Frauen, die am frühen Morgen schon nicht wissen, womit sie tagsüber sinnvoll ihre Zeit ausfüllen sollen. Die Wurzel des Übels, daß tausende Frauen gewissermaßen beim Kreuzworträtsel oder beim Fox-Trott zur intensiven Lebenserfüllung zu gelangen suchen, liegt etwas tiefer, als Frau Tauber vermeint. Auch das Massenbridge und Massentummel hat seine Wurzel in einer Gesellschaftsordnung, in der so viele Menschen, und darunter wiederum in der Mehrzahl Frauen, das Leben in Nichtstun dahinbringen können, welches Nichtstun, wie die Dinge zeigen, nun eben auch für die glücklichen Luxusfrauen nicht immer reines Glück ist. Die Arbeiterin, die Arbeiterfrau, die Büroangestellte, alle diese heute noch Hunderttausenden zählenden Frauen, die Berufsarbeit leisten, haben in der Regel weder Zeit noch Neigung noch Zwang, solchen Modeleidenschaften zu verfallen. Es kann schon sein, daß auch unter ihnen Frauen, die nicht gerade der Luxusategorie angehören, Unzufriedenheit in der Ehe zu solchen Aotausgängen treibt. Aber auch dann sprechen unseres Erachtens solche Erscheinungen nicht gegen die Ehemänner, sondern gegen die Unfähigkeit der betreffenden Frau, ihrem Leben höhere Zwecke zu geben, die wiederum das sicherste Fundament auch der Ehe zu sein scheinen. Eine radikale Lösung auch auf diesem Gebiete kann nur die Umwandlung dieser gesellschaftlichen Ordnung bringen, eine neue Verteilung der Rechte und Pflichten, ein System, in dem es unnütze Frauen nicht geben wird, die ja letzten Endes überhaupt nur deswegen ihre Nachmittage und Abende mit Modeleidenschaften verbringen können, weil in diesen Millionen arbeitender Hände, auch von Frauen, dafür sorgen, daß Nichtstuer und Nichtstuerinnen beim Bridge und Rummel ihr Unglück im Glück vergessen können.

Werbt die Jugend für die Partei!

In den nächsten Tagen gehen die sozialdemokratischen Werber von Haus zu Haus. Sie werden Männer und Frauen aufsuchen und bei ihren Bemühungen, die Reihen der Partei zu stärken, hoffentlich recht schönen Erfolg haben. Aber sie haben ihre Arbeit nur halb getan, wenn sie nicht auch großes Augenmerk auf die Gewinnung der Jungen richten.

In den letzten Jahren ist durch die Jugendorganisation eine große Menge von jungen Menschen gegangen, die von der Partei nicht unmittelbar erfasst wurden. Zahlreiche der jungen Genossen konnten in den Feiern, die die Jugendlichen gemeinsam mit der Partei am Vorabend des 1. Mai zu diesem Zwecke abhielten, direkt in die Partei übergeführt werden und es sei anlässlich der Werberaktion an diesen schönen Brauch wiederum erinnert, der heuer leider nicht wirksam wurde. — Die anderen Jugendlichen sind, obwohl sie der Jugendorganisation entwachsen, nicht in die Partei gekommen und sehr häufig erachten sie ihre Pflicht damit als erfüllt, daß sie in den verschiedenen proletarischen Kulturorganisationen mitwirken. Es war aber die Absicht der Jugendorganisation, vor allem die Partei zu stärken und so weit sie diese Absicht nicht erfüllen konnte, müssen ihr und der Partei jetzt die Werber zu Hilfe gehen.

Es wird sehr zweckmäßig sein, daß sich der Lokalvertragsmann sofort gemeinsam mit dem Obmann der Jugendorganisation aus den alten Mitgliederlisten der Jugendorganisation eine Liste heraus schreibt, die für die Werber in Betracht kommen. Diese jungen Menschen sind ja aus keinem Fall so aus der Jugendorganisation herausgekommen, wie sie hineingingen. „Es blieb etwas hängen“ und sie werden den Worten der Werber viel eher Gehör schenken als jene, die noch nie etwas von der sozialistischen Idee vernahmten. Aber sie wollen ansprechen, wollen aufgefordert sein. Und sie werden sicherlich kommen.

Die Gewinnung der Jugend für die Partei ist besonders wichtig. Sie können erst einmal

Schwere Explosion in der Bleistiftfabrik Staedtler.

Eben Mädchen verbrannt, neun verletzt.

Rürnberg, 25. April. In der „Mars“-Bleistiftfabrik J. S. Staedtler ereignete sich heute nachmittags im dritten Stockwerk eine Explosion. Sofort nach dem Knall schlugen die Flammen aus den Fenstern des dritten Stockwerkes. Der Feuerwehrgelag gelang es nach dreiviertelstündiger Tätigkeit, das Feuer soweit einzudämmen, daß keine Gefahr mehr bestand. Die an der Unglücksstelle eingetroffenen Sanitätssoldaten brachten die Verletzten ins Krankenhaus. Man spricht davon, daß die Explosion durch ein neues Spritzverfahren in der Lackiererei entstanden sei.

Von amittlicher Stelle werden bereits sechs Tote und acht teils Schwer-, teils Leichtverletzte gemeldet. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß sich diese Angaben noch ändern werden. Infolge der strengen Abspermaßnahmen ist es schwer, Einzelheiten über das Unglück zu erlangen. Auch über die Ursache der großen Explosion steht noch nichts fest, da die Firma jede Auskunft verweigert. Das dritte Stockwerk, soweit es der Fabrikation diente, ist ausgebrannt. Die Belagert des Stockwerkes, meist Frauen, konnte nur mit Mühe das Freie erreichen.

erfaßt und geschult, ungemein stark wirksam werden. Darum: Werbt die Jugend für die Partei!

Schnee und Frost.

Eger, 25. April. In der Nacht auf heute sind im ganzen Egerlande ausgiebige Schneefälle niedergegangen, so daß das ganze Gebiet heute früh unter einer einige Zentimeter hohen Schneedecke liegt. Der Frost hat in allen Gartenkulturen, in den bereits Gartenpflanzen ausgelegt waren, vernichtenden Schaden angerichtet. Die Hänge des Erzgebirges sind verschneit, wie im tiefen Winter.

Hirschberg, 25. April. In der letzten Nacht hat es im Gebirge und im Tal mehrfach sehr stark geschneit. Auf dem Kam in liegen etwa zehn Zentimeter Reuschnee. Auf der Schneeflocke waren heute morgens 9 Grad Kälte, im Tal etwa 0 Grad. Heute vormittags trat Aufhellung und langsame Erwärmung ein.

Breslau, 24. April. Wie die Blätter aus Landeck melden, war dort durch den ungewöhnlich starken Frost ein vor einem Hause eingebauter eiserner Behälter zur Aufnahme von Niederschlagswasser aus der Hauptleitung gesprungen. Das Gas drang durch das Erdreich in die benachbarten Häuser. Dort wurden gestern früh der im Erdgeschlo schlafende Hausbesitzer Fruchs und seine Frau bewußtlos aufgefunden. Fruchs, Vater von elf Kindern, konnte nicht mehr gerettet werden. Die Frau hofft man am Leben zu erhalten.

Tornado in Texas.

Washington, 25. April. In Texas zerstörte ein Tornado eine Ortschaft, wobei acht Einwohner getötet und viele verletzt wurden.

Ziehung der 20. Klassenlotterie.

Sechzehnter Ziehungstag.

Vom 25. April.

10.000 K:	37.734,	55.547,	96.324,	182.187.																																																																								
5000 K:	2573,	8912,	50.610,	58.874,	76.129,	81.250,	103.474,	114.782,	123.172,	154.881,	157.577.																																																																	
2000 K:	17.667,	26.529,	43.478,	63.317,	70.374,	71.824,	76.948,	86.344,	92.520,	94.503,	99.117,	101.332,	108.131,	116.416,	123.262,	127.524,	130.841,	132.406,	134.125,	144.477,	148.644,	149.806,	164.412,	166.170,	168.988,	171.651,	173.962,	183.942.																																																
1000 K:	1546,	2482,	3068,	8511,	10.248,	15.293,	15.337,	17.616,	20.232,	22.905,	26.977,	28.119,	31.977,	32.407,	35.154,	37.890,	45.470,	46.257,	47.557,	49.844,	50.253,	53.091,	55.138,	55.317,	58.449,	60.507,	62.580,	64.805,	68.478,	69.982,	71.431,	72.423,	75.258,	75.872,	76.150,	82.901,	85.737,	91.112,	91.038,	97.346,	98.273,	100.259,	104.161,	109.189,	110.587,	110.834,	111.857,	113.450,	114.055,	114.560,	119.779,	122.962,	123.054,	123.215,	124.950,	132.989,	134.494,	136.879,	137.502,	141.089,	142.460,	144.398,	144.912,	146.169,	148.367,	154.081,	156.072,	160.055,	162.899,	165.721,	169.826,	172.025,	179.212,	179.887,	180.412,	188.127.

„Graf Zeppelin“ Fahrt.

Berlin, 25. April. Der „Graf Zeppelin“ fuhr in etwas verlangsamer Nachsicht entlang der Küste vorüber an hundert von hellen spanischen Häfen und Stränden. Um halb vier Uhr erreichte er bei leicht dämmerndem Morgen das lichterglänzende Barcelona. Die Passagiere, die noch fröhlich schliefen, wurden sofort für Barcelona geweckt. Das Wetter ist schön und ruhig.

Nizza, 25. April. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat heute vormittags halb 11 Uhr die Stadt überflogen.

Reimans Bahnen. Ein Genosse schreibt uns: Mittwoch, den 24. ds. fuhr ich mit dem um 11.15 Uhr vormittags vom Wilsdorfbahnhof in Prag abgehenden Schnellzug gegen Pilsen. Bis Idice ging die Fahrt so ziemlich normal von statten. Aber kaum hatte dieser „Schnell“-Zug Idice verlassen blieb er mitten auf der Strecke — die eine mäßige und kurze Steigung aufweist — nach einem vorherigen Schneudentempo stehen, dann

Rürnberg, 25. April. Ueber das Explosionsunglück in der Marsbleistiftfabrik wird weiter gemeldet: Infolge der Rauchentwicklung und des panikartigen Schreckens fanden die im Arbeitsaal Eingeschlossenen nur schwer den Ausgang, worauf die hohe Zahl der Toten und Verletzten zurückzuführen ist. Die Toten sind bis zur Unkenntlichkeit verkohlt. Es handelt sich meistens um Frauen.

Vor der Fabrik hat sich eine große Menschenmenge angesammelt. Die Angehörigen der noch Vermissten warten in tiefer Besorgnis auf Nachrichten über das Schicksal der Verstorbenen. Die Schwerverletzten und ein Teil der leichter Verletzten wurden ins städtische Krankenhaus gebracht. Einige leicht Verletzte sind bereits in ihre Wohnungen entlassen worden. Die Feuerwehre konnte um halb 6 Uhr abends die Brandstätte verlassen.

Von den ins Krankenhaus eingelieferten schwer verbrannten Mädchen ist inzwischen eines gestorben, so daß die Gesamtzahl der Toten nunmehr sieben, die der Verletzten neun beträgt.

machte die Lokomotive elegante Sprünge und es ist nur ein Wunder, daß die Maschine nicht entgleiste. Auch das ging vorüber, der Zug kam endlich über den Hügel und „brauste“ Pilsen entgegen. Zwei Stationen vor Pilsen ertönte im Wagon der Ruf: „Ein Wagen brennt!“ Richtig, in der Mitte des Zuges brannte ein Wagen, Flammen schlugen zeitweilig unter der starken Rauchentwicklung hervor — weiter rast der Zug! Alles gespritzt, was weiter werden wird. Der Zug näherte sich der Einfahrt — plötzlich ein Knirschen der Bremsen und Halt. Eine Viertelstunde Aufensicht und Anschlüsse futsch! Da es sich um einen internationalen Schnellzug handelte, werden die Franzosen, Engländer, Japaner usw. ja genügend belehrt worden sein, wie „voriglich“ hierzulande die Bahnen geleitet werden!

Der Studentenheimbau — ein Fiasko? Die „Bohemia“ und das „Montagsblatt“ melden vor einigen Tagen, daß die Sammelaktion der Studentenheimgesellschaft, durch welche ein Teil der Geldmittel für den geplanten Bau des Studentenheimes beschafft werden sollte, fehlschlagen sei und der Bauplan gefährdet erscheint. Die beiden Blätter machen dem deutschen Bürgertum schwere Vorwürfe wegen seiner Laubheit. Diese Feststellung ist ja durchaus nichts neues, höchstens eine Bestätigung dessen, was wir seit langem gesagt haben. In diesem Falle hat es aber der nie mit Worten, aber mit Taten sparende Bürger getan. Denn abgesehen von der ungenügenden Vorbereitung der Aktion, trifft den Großteil der Schuld wieder jenen Teil der Studentenschaft selbst, der keine Gelegenheit veräumt, sich als patentierten Vertreter der deutschen Studenten zu bezeichnen, in Wirklichkeit aber völkische Interessen vertritt, und jede Aktion für die Gesamtstudentenschaft sabotiert. So hat er auch diese Aktion ohne Unterstützung gelassen und im Gegenteil durch seine Agitation für private völkische unkontrollierbare Vereine („Studentenhilfe“, „Studentenheimbau“) das meiste dazu beigetragen, daß das Unternehmen der Studentenheimgesellschaft mit einem Fiasko endigt. Die völkische „Deutsche Studentenschaft“ hat die Schuld daran, daß das Studentenheim überhaupt nicht oder nur verspätet errichtet werden kann.

Die Milchmeier treiben die Preise! Der Deutsche land- und forstwirtschaftliche Verband für die Gerichtsbezirke Eger und Wildfleiter hat beschloffen, mit 1. Mai d. J. den Milchpreis der bisher zwei Kronen betrag, um zwanzig Heller für den Liter hinaufzusetzen. Diese Maßnahme wird mit der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Milchwirtschaft begründet. — Bekanntlich geht es den Milchproduzenten viel schlechter als den Arbeitern, die sich und ihre Kinder soviel Milch gönnen dürfen, als sie nur immer mögen.

Deckeneinsturz im Klassenzimmer. In Bolognias führte Mittwoch vormittags im großen Volksschulgebäude in einem Klassenzimmer die Decke teilweise ein. In dem Zimmer befanden sich etwa 60 Kinder, die vor Angst auseinanderstoben. Einem neunjährigen Kinde wurde die Schädeldecke eingeschlagen, so daß es kaum aufkommen dürfte, zwei andere Kinder wurden erheblich, mehrere leicht verletzt. Der Einsturz dürfte auf schlechtes Baumaterial zurückzuführen sein.

Explosion auf einem Dampfer. Auf dem Dampfer der Linie Neapel-Sardinien „Garibaldi“ explodierte Mittwoch früh beim Auslaufen aus Neapel ein Kesselrohr, wodurch drei Heizer schwer verletzt wurden. Der Dampfer kehrte in den Hafen von Neapel zurück, wo die in größter Aufregung befindlichen zahlreichen Passagiere auf den nächsten Dampfer warten mußten.

Ein belgisches Tierdrehgesetz. Ein neues Gesetz über den Tierschutz, das im belgischen Amtsblatt veröffentlicht wird, bedroht mit Gefängnis bis zu acht Tagen und Geldstrafen von 20 bis 1000 Franken jeden, der sich der Grausamkeit gegen ein Tier oder der Mißhandlung eines Tieres schuldig macht; mit denselben Strafen wird das Halten von geblendeten Eingesperrten belegt. Wer ein Tier für Arbeiten verwendet, die über seine Kräfte gehen oder ihm Schmerzen bereiten, erhält Gefängnis bis zu fünf Tagen und Geldstrafen bis zu 10 und 20 Franken. Das

Vom Hundstun.

Empfehlungswertes aus dem Programm: Samstag.

Prag: 11.15 Schallplattenmusik, 16.30 Schallplattenmusik, 18.00 Deutsche Vorträge, 18.05 bis 19.15 Deutsche Sendung: Jagdschau mit Musik. — Brünn: 12.30—13.30 (Sendung nach Prag) Konzert, 18.00 Deutsche Vorträge ab 18.15, 18.05—18.35 Deutsche Sendung: Elie Kauf-Dame, Opernsängerin, K. Cadráček, Opernsänger, Prof. Karl Horáček: Krien und Krieger. — Pilsen: 11.30 Deutsche Vorträge ab 18.15, 18.30 Konzert. — Tabara: 21.00 Schallplattenmusik. — Venden: 18.15 Lieber der Schamane, 22.30 Fieber und Operettenmusik. — Paris: 21.15 Konzert. — Brüssel: 20.30 Konzert. — Berlin: 19.00 „Der moderne Schick“, 19.30 „Rauschgenuss und Naturgenuss“, 20.45-Wanderlust: 21.30 Konzert. — Leipzig: 18.30, 20.00 Konzert. — Dresden: 20.15 Letzter Abendkonzert mit Frau Holmann. — München: 19.00 Konzert. — Osnabrück: 19.00—19.30 Der Bauer als Millionär, von Hermann Kellner, 19.30 bis 20.00 „Der Himmel im Wal“, — Wien: 20.05 Konzert, 20.40 „Johannes Hub“, Komische Oper von Wilhelm Kramar, 20.45—21.15 Letzter Abendkonzert. — Bern: 21.15—22.40 Konzert. — Basel: 20.00—20.30 Orchester unter Leitung von Felix Henglinger. — Mailand: 20.30 „A Sombacht alle prima Cracchi“, Oper von Verdi. — Lüttich: 21.00 Konz. italienische Musik. — Gießen: 19.45 Musik: Brillanten. — Göttingen: 19.45 Programm der Arbeiter-Musikvereinevereinigung. — Wetzlar: 20.30 Konzert. — Braunschweig: 20.30 „Folentat“, Operette von Schulz. — Budapest: 18.45 Männescher der fol. ung. Oper, 22.00 Konzert des Orchester der fol. ung. Oper.

mißhandelte Tier kann dem Eigentümer fortgenommen werden; ein geblendeter Vogel wird sofort getötet. Das Gesetz bedroht mit Gefängnis von acht Tagen bis zu sechs Monaten und Geldstrafen bis zu 5000 Franken Personen, die Tierkämpfe veranstalten. Versuche mit lebenden Tieren zu wissenschaftlichen Zwecken sind nur in den Universitätslaboratorien erlaubt.

Eine meineidige Familie. Vor dem Schöffengericht in Amberg hatten sich wegen Verbrechen der Verleitung zum Meineid der Wald-aufseher Andreas Hösl aus Nabburg, der zur Zeit im Zuchthaus Straubing eine Strafe wegen Meineides verbüßt und seine Ehefrau Barbara zu verantworten. Das Gericht hielt beide trotz ihres Leugnens für überführt und verurteilte den Andreas Hösl unter Einschluß früher erkannter Strafen zu einer Gesamtsuchthausstrafe von fünf Jahren und seine Frau zu zwei Jahren Zuchthaus. Von derselben Familie Hösl verbüßt zur Zeit ein Sohn und eine Tochter Strafen wegen Verleitung zum Meineid und ein anderer Sohn, der wegen Meineid verurteilt wird, ist flüchtig.

Ein verschleppter Millionär. Bereits vor vier Monaten verschwand aus New York plötzlich der bekannte italienische Millionär Dr. Carlo Brancatti. Man glaubt, daß er verschleppt oder getötet wurde. Seit seinem Verschwinden wurden auf betrügerische Weise 225.000 Dollars (etwa 7.500.000 Kronen) von seinem Bankkonto gehoben.

Die Frau als Polizeichef. Im Revier Sepp des Leningrader Landkreises ist eine Frau, namens Anoschenof, zur Vorsteherin des Reviers ernannt worden. Sie ist die Tochter eines leeren Landarbeiters, gehört seit 1917 der kommunistischen Partei an, hat acht Jahre Frontdienst bei der Roten Armee getan und wurde vom Revolutionskriegsrat durch ein Ehren Diplom ausgezeichnet.

Wegen eines kurzen Kodes verhaftet. In Paris erregte der all zu kurze Rod einer Dame das Mißfallen weißlicher Passanten. Die Dame wurde durch die Polizei verhaftet. In der Erregung darüber wollte sie sich auf der Polizeiwache durch Schlagen einiger Modeln töten. Sie konnte jedoch davon gehindert werden.

Sängerfahrt nach Preßburg. In Pflingten feiert der Metallarbeiter-Gesangsverein „Magnet“ in Preßburg sein 20jähriges Bestandesfest. Aus diesem Grunde veranstaltet der Gesangsverein des A. B. S. in Brünn seine diesjährige Sängerfahrt nach Preßburg. Mit Rücksicht auf die zahlreiche lange Freundschaft, die Brünnler und Preßburger Genossen miteinander verbindet, ist mit einer zahlreichen Beteiligung der Brünnler Genossen zu rechnen. Anwesenheiten nimmt Genosse Rudolf Frank im Vereinslokale, Brünn, Künstlerhaus, entgegen.

Berliner „Schönheitsinstitute“. Die Berliner Kriminalpolizei ist durch einen Zufall auf die Spur einer Verbrecherbande gekommen, die aus dem Reiche und aus Berlin selbst junge unerfahrene Mädchen in die Hände von Berliner Kupplerinnen zu bringen pflegte, die ihr Gewerbe unter der Firmierung „Massagelons“, „Schönheitsinstitute“ betreiben. Zwei derartige Unternehmungen sind von der Kriminalpolizei mit großem Aufgebot ausgehoben worden. In beiden Häusern wurden minderjährige Mädchen, darunter ein entlaufener Fürsorgezögling, festgestellt. Zwei Männer, die dringend verdächtig sind, die Häupter einer solchen „Mädchenhändlerbande“ zu sein, wurden festgenommen.

Der „Kaiserjohn“ als Kommunist. Es ist auffällig, daß die kommunistische Presse über die Tätigkeit des „Kaiserjohnes“ Karl Hartung nur sehr spärlich berichtet. Warum? Hartung hat keine Bannereien nicht nur in monarchistischen Kreisen, sondern auch bei prominenten Moskau- und Kubängern verübt. Als er im Sommer des Jahres 1928 in Essen auftrat, fand er bei der kommunistischen Bezirksleitung und in der Redaktion des kommunistischen „Ruhr-Echo“ sofort herzliche Aufnahme. Er erhielt reichlich Geld und wurde bei einem der Redakteure untergebracht, wo er sechs Wochen verblieb. Die „Welt am Abend“, ein Ableger des „Ruhr-Echo“, ließ die von einem Redakteur bearbeiteten „Memoiren“ des angeblichen Hohenzollernspröcklings erscheinen. Für diese dike Schwindel erhielt Hartung mehrere Vorkämpfe und 500 Mark Honorar. Hartung war in dieser Zeit auch als Berichterstatter des „Ruhr-Echo“ tätig. Er nahm bei seinen kommunistischen Freunden außerdem zahlreiche Darlehen auf. Einem Tages war er plötzlich spurlos verschwunden.

Boronoff und die Schafzucht! In dem Jahrbuch des schottischen „Board of Agriculture“ wird ein Rekord der Schafzucht festgestellt. Dieses erfreuliche Ergebnis wird nicht zum Wenigsten auf die Erfolge zurückgeführt, die man mit der Anwendung der Boronoff'schen Drüsenüberepflanzung erzielt. Ihre hatten nicht nur einzelne Schafzucht eine überraschende Wiederkehr ihrer Jugendfrische zu verdanken, sondern es wurde im ganzen Anbauungsgebiet eine sichtlich Zunahme des Körpergewichts und der Wolle der Tiere konstatiert.

Er konnte leicht Schicksal unterschreiben . . . In Dahomey, in Französisch-Westafrika, wurde ein Regent wegen Betruges angeklagt: er hatte dreißig Schicksal, die er im Laufe der Zeit ausgegeben hatte, mit dreißig verschiedenen Namen unterschrieben. Das war doch ein ganz besonders frecher Scherzbetrag, dachten die Richter. Der Regent aber blieb dabei, daß er vollständig unschuldig sei. Er erklärte, daß er alle diese Namen zu Recht führe. Einen Namen habe er bei seiner Taufe bekommen, einen von seinem Stamm, einen von seinem Vater, einen von seinem Wohnort — und so ging das weiter. Er hatte bisher noch nicht einmal alle seine Namen für Schicksalunterschriften verwendet. Er hat noch eine ganze Menge für künftige Fälle im Vorrat. Da es in Dahomey bis jetzt kein Gesetz darüber gibt, welcher der Namen eines Regenten als sein Zunamen zu gelten hat, mußte seine Praxis aufrechterhalten werden, denn es ist schon ein Gesetz in Vorbereitung, das den Regenten verbietet, mehr als drei Namen zu führen, und festsetzt, welcher dieser Namen als gesetzlicher Name zu gelten hat.

Der Krater als Liebesgrab. Als der japanische Vulkan Asamogama unlängst in Tätigkeit war, trafen zwei junge Paare aus Tokio, angeblich ein Arzt und ein Ingenieur mit ihren Frauen, in der Stadt Koruzawa am Fuß des Vulkans ein. Ein Tourist beobachtete, wie die beiden Paare am Rande des Kraters ihre Kleider ablegten und sich, eng umschlungen, in den Schlund stürzten. Da in den letzten Jahren acht Menschen in gleicher Weise den Tod gesucht haben, hat die Regierung Vorbeugungsmaßnahmen erlassen. Ein polizeiliches Aufgebot überwachet jetzt alle Wege nach dem Krater.

Die Prohibitionszwang. Ein amerikanisches Küstenschiff hat den Kohlendampfer „Fob Johns“ in 5 Meilen Entfernung von der Küste von New-Jersey beschossen. Durch den Kapitän des Dampfers wurde bei Gericht eine Klage anhängig gemacht. Das Prohibitionschiff soll das Feuer ohne Warnung eröffnen haben.

Ein Wahnsinniger in Adamsloshaus. In dem südamerikanischen Ort Bijelina trat der Besitzer eines Cafés gegen Mitternacht auf die Straße, um frische Luft zu schöpfen. Plötzlich stürzte er mit angstverzerrtem Gesicht wieder herein, raste, wild gestikulierend durch die Tischreihen und versteckte sich hinter dem Schanktisch. Im gleichen Moment tauchte in der Türe ein völlig nackter Mann auf, über und über mit Mut besudelt, mit fliegenden Haaren und drohendem Blick. Er schrien und sprangen die Gäste auf. Es entstand eine furchtbare Panik. Die blutige Gestalt ergriff einen Stuhl und zerteilte mit weit ausholenden Schlägen die Schankenscheibe. Man rief die Fenster auf, sprang auf die Straße oder richtete sich eilends durch eine geöffnete Tür auf den Hof. Dem Wirt hatten die Beine vor Schrecken den Dienst versagt. Er sah sich allein dem

Fremden gegenüber, der sich mit der Marmorplatte eines Tisches wütend auf ihn stürzte. In seiner Todesangst riß der Bedrohte einen Kasten auf, ergriff den darin liegenden Revolver und feuerte auf den Angreifer einen Schuß ab. Dieser sank schwer getroffen zu Boden. Jetzt schrie der Wirt um Hilfe. Jägernd warteten sich einige Gäste wieder herein. Die herbeigerufene Polizei brachte den Schwerverwundeten ins Adamsloshaus.

Das Kunstwerk eines Kunstfälschers. Der vor einigen Monaten durch seine äußerst gelungenen Fälschungen von Bildwerken des Mittelaltums und der Renaissance zu merkwürdiger Berühmtheit gelangte römische Bildhauer Aleco Dossena hat kürzlich bei einem Wettbewerb zur Schaffung eines Kriegserinnerungsdenkmals für die Stadt Cremona unter mehr als 100 eingereichten Entwürfen den Preis erhalten. Das Denkmal ist nicht nur für die Cremona-

neser bestimmt, die an der Front gefallen sind, sondern auch für die Oesterreicher und Ungarn, die in Cremona als Kriegsgefangene starben. Es stellt eine Graburne über eine Grube von drei Müttern dar, einer Italienerin, einer Oesterreicherin und einer Ungarin, die in gemeinsamer Trauer verbunden sind. Auf zwei seitlichen Altären soll dauernd eine Erinnerungsflosse brennen.

Tom Mix fuhr einmal in der Untergrundbahn. Der Wagen war überfüllt, und als nun auf der nächsten Station eine Dame einstieg, erhoben sich mehrere Herren und hofen der Dame ihre Plätze an. Nur Tom Mix blieb allein sitzen: „Warum hoben Sie der Dame Ihren Platz nicht angeboten?“ fragte ihn jemand. Tom Mix antwortete auf der Stelle: „Es gibt schon genug Damen, die mir böse sind, weil ich sie habe sitzen lassen.“

Die Direktion erklärte, daß Pablis die Wohnung erhalten müsse und tatsächlich, wie oben zu sehen, die Wohnung auch erhielt.

Der Angestellte Wilit erhielt die Wohnung, obwohl er gar kein Wohnungsansuchen vorgelegt hat. Unter denjenigen, die eine Wohnung zugesprochen erhielten, befinden sich zwei Parteien, die auf Schächten beschäftigt sind, die der Kolonie gar nicht zugeordnet sind, was der oben zitierten Verordnung widerspricht.

Aus dem Angeführten, das eine Wiederholung aller früheren Besiedlungen darstellt, ist zu ersehen, daß der Revierrat für die Besiedlung der Kolonien nicht verantwortlich gemacht werden kann und die Verantwortung einzig und allein das Ministerium für öffentliche Arbeiten, Abteilung für soziale Fürsorge der Bergarbeiter, tragen muß.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Besiedlung der Bergarbeiterkolonie in Tschausch.

Parteiliches Vorgehen des Ministeriums für öffentliche Arbeiten.

Vom Revierrat in Bräg wird uns geschrieben: Nach jeder Besiedlung einer Bergarbeiterkolonie wurde der Revierrat in Bräg von wohnungssuchenden Bergarbeitern und Frauen bedrängt und mit Vorwürfen überschüttet.

Nach jezt nach Fertigstellung des Kohlenfondshauses in Tschausch wiederholte sich dasselbe und wird der Revierrat beschuldigt, daß er die Schuld daran trage, daß die Bedürftigsten keine Wohnung erhielten, während demgegenüber besser Situierte eine Wohnung zugesprochen erhalten haben.

Zur Information und zur Aufklärung der Bergarbeiteröffentlichkeit sowie auch zum Beweise dessen, wie unberechtigt und grundlos die Verdächtigungen und Beschuldigungen des Revierrates sind, beschloß der Vorstand des Revierrates in seiner Sitzung am 22. April 1929, den Vorgang bei der Besiedlung in Tschausch der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen.

Die Besiedlung in Tschausch vollzog sich nachstehend:

Die vom Ministerium ernannte Wohnungskommission erstattete über die Besiedlung des Kohlenfondshauses in Tschausch Vorschläge, die dem Erlaß des Ministeriums vom 26. Juli 1924, Zähl 107/6, nicht entsprechen. Der Revierrat sandte diese Anträge im Sinne des zitierten Erlasses retour, damit dem Erlasse entsprechende Vorschläge erstattet werden.

Die Wohnungskommission weigerte sich des zu tun, so daß im Sinne der Verordnung der Revierrat das Recht erhielt, die Vorschläge selbst zu erstatten. Bevor jedoch der Revierrat Vorschläge erstattete, ließ er die Wohnungsverhältnisse der von der Wohnungskommission in Vorschlag gebrachten sowie auch dieser, die nach ihren Angaben unter mäßigen Verhältnissen wohnen, durch seinen Beamten Wiktorovic untersuchen.

Auf Grund dieser Untersuchung erstattete nun der Revierrat Vorschläge, und zwar schlug er diejenigen vor, die keine eigene Wohnung besaßen, mit anderen Parteien zusammenzuwohnen mußten und

auf die das geringste Ausmaß des Wohnungsraumes entfiel.

Unter den Vorgelegenen befanden sich: Barbaryk, keine eigene Wohnung, drei Familien in einer Wohnung, der entfallende Wohnraum auf eine Person betrug 28 Quadratmeter.

Bibel Bohumil, keine eigene Wohnung, drei Familien in einer Wohnung, der entfallende Wohnraum auf eine Person betrug 9 Quadratmeter.

Barnach Karl, keine eigene Wohnung, zwei Familien in einer Wohnung, der entfallende Wohnraum auf eine Person betrug 28 Quadratmeter.

Jlich, keine eigene Wohnung, drei Familien in einer Wohnung, der entfallende Wohnraum auf eine Person betrug 9 Quadratmeter.

Drabel, keine eigene Wohnung, zwei Familien in einer Wohnung, der entfallende Wohnraum auf eine Person betrug 27 Quadratmeter.

Wamuel, keine eigene Wohnung, zwei Familien in einer Wohnung, der entfallende Wohnraum auf eine Person betrug 16 Quadratmeter.

Alle diese in Vorschlag gebrachten Parteien wurden vom Ministerium für öffentliche Arbeiten, Abteilung für soziale Fürsorge der Bergarbeiter, geteilt und es erhielten die Parteien:

Kolasa, der eigene Wohnung besitzt und 3,6 Quadratmeter auf eine Person entfällt,

Stach, der eigene Wohnung besitzt und 25 Quadratmeter auf eine Person entfällt,

Storf, der eigene Wohnung besitzt und 4 Quadratmeter auf eine Person entfällt,

Tomasel Josef, entfällt auf eine Person 3,8 Quadratmeter Wohnraum,

Swanda Emanuel, entfällt auf eine Person 2,8 Quadratmeter Wohnraum, Wohnung zugesetzt.

Für die Angestellten wurde der Angestellte Sch, der keine Wohnung besitzt, in Vorschlag gebracht. Sch wurde geteilt und es erhielt die Wohnung Pablis Josef, der eine eigene Wohnung, in derselben Größe wie sie in dem Kohlenfondshaus ist, besaß.

Pablis, der im Gemeindehause wohnt, erhielt die Wohnung im Kohlenfondshaus aus dem Grunde zugesprochen, damit in dem Hause die beabsichtigte Errichtung eines Kaffeehauses ermöglicht wird.

Für den Pablis intervenierte der Betriebsrat, die Direktion und auch Gemeindefunktionäre.

Ueberstundenarbeit im Jahre 1928.

Das Statistische Staatsamt veröffentlicht in den nächsten Tagen in Nr. 40 der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“ Daten über die Ueberstundenarbeit im Jahre 1928. Danach wurden in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1928 durch die Gewerbeinspektorate und politischen Behörden 1. und 2. Instanz 5591 Bewilligungen zu Ueberstundenarbeit erteilt, und zwar in 6040 Betrieben für 298 127 Ueberstundenarbeit leistende, d. i. für 28,7 Prozent der Gesamtzahl der Arbeitnehmer in diesen Betrieben (1 037 456) in einer Gesamtdauer von 15 331 331 Arbeitsstunden. Die erwähnte Nummer der „Mitteilungen“ bringt auch retrospektive Daten seit dem Jahre 1921, aus denen sich ergibt, daß im Jahre 1928 eine starke Zunahme der Bewilligungen zu Ueberstundenarbeit eintrat, deren Anzahl in diesem Jahre seit 1921 das Maximum erreicht hat. Diese Zunahme beträgt gegenüber dem Jahre 1927 9,7 Prozent. Die durchschnittliche Belastung eines Arbeiters durch Ueberstundenarbeit betrug im Jahre 1928 51 Stunden, im Jahr 1927 54 Stunden. Die Frauen beteiligten sich an der Ueberstundenarbeit in weitem Maße als die Männer, eine Tatsache die zurückzuführen ist auf die starke Beteiligung der Frauen an der Ueberstundenarbeit in der Textilindustrie, wo die Zahl der in diesem Industriezweig Ueberstunden leistenden Frauen in allen Industriezweigen ausmacht.

Die „Mitteilungen“ sind in allen Buchhandlungen für 1 Krone erhältlich.

Nimm

ODOL

zweimal den Tag

Besuch Deinen Zahnarzt

zweimal das Jahr!

Zu hohe Sterblichkeit der Neugeborenen.

Mit durchschlagendem Erfolg haben die Maßnahmen der Säuglingsfürsorge in allen deutschen Bundesstaaten während der letzten beiden Jahrzehnte beachtenswerte Erfolge erzielt: die bis dahin fast katastrophale Säuglingssterblichkeit ist ganz erheblich gesunken. Es war nicht zuletzt die allerorten einsetzende Stillpropaganda, die dem jungen „hilflosen“ Kinde sein erstes Menschenrecht sicherte auf dem Wege der natürlichen Ernährung durch die Mutterbrust. Damit wurde die Widerstandskraft gegen schädliche Umwelteinflüsse ganz beträchtlich erhöht, die in der Muttermilch enthaltenen Schutzstoffe boten gewisse Garantien auf Erhaltung des jungen Lebens. Waren es doch in erster Linie die Erkrankungen der Verdauungsorgane, die zur Haupttodesursache im Säuglingsalter führten. Mit der Zunahme der natürlichen Ernährung ging Hand in Hand eine Verbesserung der künstlichen Ernährung und so konnten Erkrankungen von Magen und Darm bei einigermaßen verständnisvoller Pflege vermieden werden.

Eine weitere Senkung der Säuglingssterblichkeit trat ein durch Verringerung der großen Pflegekosten. Fürsorgerinnen in großer Zahl und von besserer Fachausbildung, gestützt auf reiche Erfahrungen täglicher Aufschauungsbilder, Tausende von Mutterberatungsstellen halfen die wissenschaftlichen Ergebnisse verbreiten und umsetzen, so daß manches junge Leben vor Sichtung während der Entwicklungszeit und vor einem frühen Tode bewahrt blieb. Die Kinderheilkunde hat große Fortschritte gemacht, Ursachen wurden ergründet, und Wirkungen ungünstiger Einflüsse abgeklärt, so daß es gelang, die Ziffern der Säuglingssterblichkeit ganz wesentlich herabzudrücken.

Dennoch sind alle sich verantwortlich fühlenden nicht befriedigt. Es ist noch immer eine sehr hohe Sterblichkeit unter den Neugeborenen zu verzeichnen, die ihre Opfer fordert in den ersten drei Lebensjahren. Hinzu kommt, daß die Kurve der Totgeburt in ziemlich gleicher Form verläuft wie die der Frühsterblichkeit.

Diese bedrückende Tatsache hat sich zu einem Problem ausgewachsen, zu dessen Lösung sich unlängst die berufensten Vertreter der Wissenschaft: Gynäkologen, Kinderärzte, Kliniker, Geburtshelfer in Zusammenarbeit zusammenschlossen, ohne daß es ihnen gelungen wäre, die Ursachen der Frühsterblichkeit restlos zu erklären. Es liegt nahe, die Kriegsnöte und die Nachkriegsnöte für die vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus schwer bedrückende Tatsache der hohen Frühsterblichkeit verantwortlich zu machen. Aber diese Annahme allein kann weder genügen noch befriedigen. Der Laie bezeichnet die Todesursache der in den ersten drei Tagen sterbenden Kinder als „Lebensschwächen“ und findet sich damit fatalistisch ab. Aber der Wissenschaftler muß fragen und forschen: warum ist denn das Kind so lebensschwach — was liegt dem frühen Verlöschen zugrunde — wo liegen die Ursachen, die zu einer Mehrgeschädigung führen und die Ziffern der Totgeburt in die Höhe schnellen lassen.

Recht beachtlich waren die auf der Konferenz geäußerten Ergebnisse, die von den verschiedenen Referenten auf Grund von Beobachtungen vorgebracht wurden. So glaubte Schloßmann, Düsseldorf, die Mehrgeschädigung der jungen Kinder auf zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen, mangelhafte Geburtshilfe, mangelnde pflegerische Versorgung des neugeborenen Kindes zurückführen zu müssen.

Eine besondere Gefährdungsquelle führte Moll, Wien, an: die Zunahme der älteren Erstgebärenden, die ihre Kinder häufig ja früh und mit erheblichem Untergewicht zur Welt bringen, wodurch eine naturgegebene Gefährdung und Beeinträchtigung der Lebensmöglichkeit des neugeborenen Kindes eintritt. Nach seinen Erfahrungen, gemacht an größerem klinischen Material, ist es nicht nur schwere körperliche Arbeit bis kurz vor der Entbindung, die zu Früh- und Totgeburt führt. Auch die geistige Arbeiterin leidet neuerdings in erhöhtem Maße darunter, ihre Kinder als ältere Erstgebärende und als Frühgeburt zur Welt zu bringen. Moll führt in diesem Fall der Schädigung die mit der geistigen Arbeit unvernünftlich verbundenen nervösen Störungen als Ursache für Frühgeburt und deren häufige Frühsterblichkeit an.

Weitere klinische Untersuchungen haben als Ursache der Frühsterblichkeit in zahlreichen Fällen

Verbindungen im mütterlichen Organismus und daraus entstehende Verletzungen des kindlichen Gehirns während der Geburt ergeben, denen Knaben infolge ihres größeren Kopfumfanges stärker ausgesetzt sind als Mädchen. Außer diesen Gehirnverletzungen tragen Lungenerkrankungen, Mißbildungen u. a. zu den Ziffern der Frühsterblichkeit bei, während Lues, vorzeitiges Absterben (Lustholen des Kindes noch vor dem Eintritt in die Welt) u. a. Totgeburt zur Folge haben.

Es bleibt in naher Zukunft Aufgabe der Wissenschaft, das ungelöste Problem der Frühsterblichkeit in seinen Ursachen zu ergründen. Sie steht vor der Aufgabe: Die Ziffer Säuglingssterblichkeit hat sich gebessert, aber die Ziffer Sterblichkeit in den ersten drei Tagen und die Zahl der Totgeburt hat sich verschlechtert. Welchen Erscheinungen liegen gleiche Ursachen zugrunde: das Kind erleidet teils vorgeburtlich, teils während des Geburtsaktes einen Schaden. Diesen Schaden gibt es zu beheben, soweit dies in Menschenmöglichkeit liegt. Auch Menschenkraft hat stellenweise ihre Grenzen.

Für den Sozialhygieniker erwachsen bis zur Klärung des Problems Aufgaben, denen er sich nicht entziehen darf, will er nicht den Vorwurf schwerer Verantwortungslosigkeit auf sich nehmen. Wie man es auch dreht und wendet: die Frau ist die Hauptlastträgerin des kulturellen Lebens! Wenn die Zeit ihrer Mutterschaft auch kein Krankheitszustand sein soll, so bleibt sie doch, an den verschiedenen Lebensumständen gemessen, ein Zustand der Gefährdung für sie und das zu erwartende Kind.

Die Maßnahmen, die geeignet sind, die vermöglichen Schäden zu vermeiden, sind vorzubehalten und helfender Art. An erster Stelle steht die Erweiterung der Schwangerschaftspflege, die von Hebammen und Fürsorgerinnen tatvoll in die Wege geleitet, einem sozial eingestellten Facharzt anvertraut werden muß. Hier lassen sich Schäden feststellen, Gefahren rechtzeitig erkennen — es sei an Nierenstörungen erinnert, die zur Eklampsie führen, an die durch Lues Gefährdungen, wo durch Blutentnahme zur Wassermenge Realisation mit Erfolg späterer Gefahren abgewendet werden können — es kann sachgemäße Geburtshilfe veranlaßt werden — die Leitung einer Geburt ist

ja eine feine Kunst und setzt neben sorgfältiger Ausbildung reiche Erfahrungen voraus. Den sozialhygienischen Maßnahmen einer gut funktionierenden Schwangerschaftspflege folgen die sozialfürsorglichen Pflegemaßnahmen: Schaffung von Erholungsmöglichkeiten für die werdende Mutter, Ernährungsbeihilfen, wo Mangel an kräftiger Nahrung besteht, Einflußgelenkmassage, wo die berufliche Betätigung auf den körperlichen Zustand während der Schwangerschaft ungünstig einwirkt, Erleichterung der Quellen zur Entlastung von schwerer Hausarbeit, besonders von der Familienwäsche, Unterweisung in rechtlichen Fragen, um den in der Zeit der Mutterschaft ohnehin häufig bedrückten Gemütszustand zu entspannen, Bereitstellung von Niederlaufschonungsstühlen und -möglichkeiten, Bestellung von Hauspflegerinnen.

Besondere Aufmerksamkeit muß die Schwangerschaftspflege im Interesse der Gesunderhaltung der Mutter den Schädigungen durch die Abtreibungsvorgänge schenken. Die hohen Ziffern der Todesfälle infolge Frühgeburten und damit verbundener „Lebensschwächen“ lassen fast mit Sicherheit annehmen, daß Eingriffe gewaltsamer Natur während der vorgeburtlichen Zeit vorgenommen, zum mindesten versucht worden sind. Unverkennbar drängt teils Verschärfung der wirtschaftlichen Not, teils aber auch mangelnder Wille zum Kind zur Beseitigung des Zustandes. Hier kann in vielen Fällen durch geeignete Maßnahmen und ein gutes Wort zur rechten Zeit mit dem Hinweis auf die gesundheitlichen Schäden wirksam vor übereilten Eingriffen gewarnt und den Folgen begegnet werden, die viel einschneidender sind, als wenn ein neues Kind zur Welt kommt.

Eine Fülle von Aufgaben erwächst der Schwangerschaftspflege, so daß leicht die Frage aufstehen könnte, ob das Alles nicht zu viel des Guten werden könnte. Dem stehen gegenüber die Zahlen der Fälle von Frühsterblichkeit und Totgeburt und der nachdrückliche Hinweis, daß die Frau als Mutter heilig und immer die Hauptlastträgerin ist und als solche aller erdenklichen Entlastungen in ihres Lebens schwerster Zeit bedarf, einer Zeit, die nicht nur die Mutterverdung umfaßt, sondern mit ihrer Gefährdung lange vor und lange nach derselben ihr Leben und ihre Gesundheit körperlich und seelisch bedroht.

